

Schlesische

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verleger: ...

Donnerstag, den 11. August 1921

Anzeigenpreise: ...

Aushungerungskrieg der Junker.

Der verschleierte Lohnabbau.

Der Kampf ums Brot, der zwischen Proletariat und Kapital seit Jahr und Tag gekämpft wird, ist in ein neues Stadium getreten.

Die jüngste Brotvermehrung entpuppt sich als eine gewaltige Offensive des Junkertums.

Table with 2 columns: Year/Category and Price. Includes rows for 1920, 1921, and 1922 prices for wheat and bread.

Entsprechend den gegenwärtigen Getreidepreisen war der Preis für einen 4 Pfund-Laib Brot:

Table with 2 columns: Year and Price. Shows prices for 1914, 1920, 1921, and 1922.

Auch die übrigen Lebensmittel zeigen die gleiche Preisentwicklung.

Und die Arbeitslöhne? Nach einer Zusammenstellung der Gewerkschaften Ende des Jahres 1920 sind die Arbeitslöhne im Durchschnitt noch nicht um das Siebenfache, nach der tendenziösen Zusammenstellung von „Wirtschaft und Statistik“ auch nur um das Acht- bis Zehnfache gestiegen.

Diesem Lohnabbau gilt es Widerstand zu leisten. Die Gewerkschaften sind mit der Regierung in Verhandlungen getreten.

Sie alle miteinander haben mithin den Ernst der Situation noch nicht im geringsten erkannt.

II.

Produktionsfabotage des Junkertums.

Freilich ist es damit noch keineswegs getan. Es ist nicht nur die unerträgliche Teuerung, es ist vor allem die ungeheuerliche Produktionsfabotage, die von den Junkern getrieben wird.

Table comparing production in 1913 and 1920 for various goods like grain, potatoes, and meat.

Die Tagung des Obersten Rates.

„Noch einmal vereinigen sich die alliierten Minister unter dem Namen eines Obersten Rates, um über das Schicksal der Völker zu entscheiden.“

Mit dieser Worten begrüßt Poincaré, der Führer der französischen Chauvinisten, ironisch den Zusammentritt des Obersten Rates.

Es ist klar, daß die Regierung Briand, um deren Kopf es geht, diesmal bestenfalls erreichen kann, daß die Verhandlungen wieder verschleppt oder die Gegenseite noch einmal durch ein oberflächliches Kompromiß verführt werden.

Das deutsche Proletariat darf sich aber nicht von seiner bürgerlichen Regierung und ihren sozialpatriotischen Handlangern beruhigen lassen.

Würde der Verlust des obererschlesischen Industriegebietes für das deutsche Wirtschaftsleben neue unmenschliche Verelendung der deutschen Arbeiterklasse bedeuten?

Dabei war Deutschland schon vor dem Kriege abhängig von der Zufuhr aus Rußland und der Ueberssee.

Table showing requirements for wheat, meat, iron, and other goods in 1920.

Diese nüchternen Ziffern zeigen, wie das deutsche Volk heute durch die Schuld der Junker, durch die Produktionsfabotage des industriellen wie des landwirtschaftlichen Kapitals ans Auslandskapital verflacht ist.

weiter den Kämpfen der imperialistischen Weltordnung ein Ende zu machen.

In Paris wird man versuchen, vor allem die „Hilfsaktion“ für Sowjet-Rußland, d. h. diese Gelegenheit zur direkten konterrevolutionären Einmischung zur Ueberbrückung der Gegensätze auszunützen.

Die erste Sitzung des Obersten Rates.

(WZB.) Paris, 8. August, 7 Uhr 10 Min. nachmittags.

Die Tages-Agenda berichtet inoffiziell über die erste Sitzung des Obersten Rates:

Die Sitzung ist um 6 Uhr 5 Minuten zu Ende gegangen. Sie war vollständig durch die Besprechung der obererschlesischen Frage ausgefüllt.

Ministerpräsident Briand eröffnete die Sitzung und begrüßte die alliierten Vertreter.

Der französische Sachverständige Parache gab der Ansicht Ausdruck, daß das Industriegebiet geteilt werden und zum größten Teile einseitig Schicksal an Polen fallen müsse.

Der Bericht des Sachverständigen-Ausschusses.

(WZB.) Paris, 8. August.

Der Bericht des Sachverständigen-Ausschusses über die Regelung der obererschlesischen Frage stellt nach dem Tempus fest, daß über drei grundsätzliche Fragen eine Einigung erzielt wurde:

- 1. Daß der Friedensvertrag von Versailles die Teilung des Volkstammungsgebietes zwischen Deutschland und Polen voraussetze, daß man sich also nicht auf die im gesamten Abstammungsgebiet von einer Partei erzielte Mehrheit berufen könne, um ihr Oberschlesien insgesamt zuzuteilen;
2. daß man bei der Grenzziehung sich von der gemeindefreien Abstammung leiten lassen müsse.

Die Sachverständigen haben nach dem Tempus verschiedene Vorschläge für die Grenzführung geäußert und sie schließlich auf zwei Lösungen, eine französische und eine britisch-italienische herabgemindert.

wieder einmal vor der organisierten Macht des Junkertums kapituliert.

Der Weltmarktpreis ist aber 2-3 mal so hoch wie der bisherige Getreidepreis.

Der Getreideverkehr verblieb auch in der abgelassenen Woche außerordentlich lebhaft.

Für Roggen ist im Gegensatz zur Vorwoche, die gerade für diesen Artikel infolge des schlechten Anlaufes von Roggen einen Preisrückgang gebracht hatte, diesmal die Marktlage

besonders ist die Preisbewegung stark steigend... Der Grund hierfür war eigentlich, auf ihn war man wohl im allgemeinen nicht gefaßt, obwohl er als Duell aus nabelichtig und rational bezeichnet werden muß...

Der Kaufdrang nach Gerste ist besonders seitens der deutschen Brauereien andauernd sehr stark, und die gegenwärtige Konkurrenz trug dazu bei, die Preise weiter in die Höhe zu treiben...

Am spärlichsten ist bisher der Hafer herausgekommen, und gerade für diesen ist der Bedarf am dringlichsten, weil die Konsumenten von jenseitigen Beständen fast entblößt sind...

Trotz der stetig sinkenden Valuta, also trotz der Tatsache, daß für den deutschen Käufer schon die Weltmarktpreise unauffällig steigen...

Und so berichten mit einem grenzenlosen Zynismus alle Produktberichte von steigenden Preisen und von Versuchen der Junker, das gesetzliche Umlageverfahren zu umgehen...

Politische Uebersicht.

Hermes läßt mit sich handeln.

Der Reichernährungsminister Dr. Hermes hatte am 5. August in Mainz Besprechungen mit den Vertretern der Landwirtschaft aus Hessen und Südbaden. Er erklärte, daß die Regierung zu Verhandlungen über die Ermäßigung der Getreideablieferung der Landwirte bereit sei.

Das Wirtschaftliche Steuerbulletin.

Was vieles bringt, wird manchem etwas bringen. So dachte wohl die gesamte Reichsregierung, als sie am Sonnabend dem deutschen Proletariat durch die W.D. ihren herrlichen fünfjähriglichen Volksbeglückungsplan überreichte.

Aufgehört durch den unheimlichen Gungjang ihres Landbesitzes durch die Presse, bricht sich die Reichsregierung ihrer „programmatischen“ Verhandlung eine zweite folgen zu lassen, in der zunächst gelangt wird, daß die verschiedenen Steuerpläne noch keineswegs den Abschluß der großen Finanzreform bilden.

Was die 15 Steuern bilden zugleich, keineswegs den Abschluß, und doch einen gewissen Abschluß des Reichssteuerprogramms. Der vielschichtige und vielbesprochene Plan der Besteuerung der Goldwerte, nach dem Rudolf Hilferding in seiner „Einzigartigen“ Wuchererregungslehre so einzig geschickelt hat, wie ein auf Zwedern geprüfter Gefährter noch Wasser, ist „vorläufig“ in der Verberkung verschwunden mit der sicheren Aussicht, aus Lagezeit zu verschwinden. Die „Freiheit“ ist darüber so konzentriert, daß ihr jeß der Atem ausgegangen ist.

Kabinet mit seinen Vorhaben über die Erfassung der Sachverhalte zu Ende gekommen ist... Wir haben also hier schon den Beginn des „Revolutionären“ U.S.P. in dem programmatisch angeordneten Kampf um die Vereinfachung der Zentralisten vor uns vor Augen!

„Auch der „Vorwärts“ ist dadurch ganz elegisch geworden. Er jammert, daß nach der neuen offiziellen Verlautbarung... Verainungen des Reichskabinetts über weitest Heranziehung des Besizes vorläufig nicht in Aussicht stehen. Das würde aber eine außerordentliche „Erhöhung“ der Verteilung der 15 neuen Steuern bedeuten.

Wir Kommunisten waren von Anfang an darüber im Klaren, daß die kapitalistische Regierung nicht trotz ihrer W.D.-Männer und trotz aller Schönebereien nur eine kapitalistische Steuerpolitik gegen die Arbeitermassen treiben würde.

Die Volkstredung der weißen Schandurteile.

Die geringfügigen „Gnadenerlasse“ in besonders trassen Fällen nachsüchtiger Klaffenurteile, die vom Reichsjustizminister herausgegeben worden sind, haben sofort den reaktionären Widerstand lebendig gemacht...

„Bei der Bevölkerung wird durch die Gnadenerlasse der Eindruck erweckt, daß die Urteile der Sondergerichte nicht gerecht seien. Auch stellt der Erlass einen Eingriff in die Rechtsfrage dar, der geeignet ist, die Achtung vor dem Gesetz zu untergraben...“

Auch der Landesverband Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei hat folgendes Telegramm an den Reichsjustizminister gerichtet:

„Die friedliche Einwohnerchaft Mitteldeutschlands hat mit Erlaunen Kenntnis genommen von den in jüngster Zeit erfolgten Gnadenerlassen von Bezugsurteilen der letzten Aufhangsbewegung. Ihr fehlt jedes Verständnis dafür, daß selbst früher, die zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt sind, begnadigt und in Freiheit gesetzt worden sind...“

Wir glauben es den Volksparteilern allzuern, daß ihnen jedes Verständnis dafür fehlt, daß nicht alle Kommunisten hinter Zuchthausmauern verenden sollen. Doch wo hießen die halbesche Richter und die halbeschen Volksparteiler, als es sich im Falle der Kapppittler, im Falle Jagow, um das „Ansehen der Gerichte“ handelte?

Die Arbeiterschaft leant angeführt der lächerlichen „Gnadenerlasse“ nur eine Forderung:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

„Der Zerfall der Demokratie.“

In der „Welt am Montag“ beschäftigt sich Gerlach in einem Leitartikel unter obiger Ueberschrift mit den bevorstehenden Stadterordnungen. Seine völlige Unkenntnis des Berliner Stadtparlaments kommt darin zum Ausdruck.

„Wenn in den Gewerkschaften die Arbeiter einige Weiden können, müssen sie in der Partei einige werden können. Je mehr wir die Hoffnung auf die bürgerliche Demokratie begraben müssen, um so dringender wird die Notwendigkeit der Einheit der sozialistischen Demokratie.“

„Das Generall von dem, was Gerlach erwartet, war bisher der Fall. Die Rechtssozialisten und Unabhängigen haben bei der Wahlbestimmung bei der Vorbereitung von Arbeitern und bei anderen Gelegenheiten diesen Bürgerblock verparat. Jetzt ist ein allerdings einzelner, kapitalistischer Vertreter die sozialistische Einigkeit zu vereiteln, um die soziale Aufklärung zu fördern.“

Den Demokraten erscheint es wieder doppelhätiger, die Revolution zu lösen. Sie lassen sich dabei von manderlei Ermahnungen leiten. In jeder Linie spekulieren sie auf abwechselnde Wähler, deren politische Stimmung einem händigen Wechsel unterworfen ist.

dann die Wirtschaftliche Vereinigung, indem sie vorgibt, entschieden für die Interessen des kleinen Mannes einzutreten. Auch religiösen Bedürfnissen wird Rechnung getragen: Pastor Liechtenstein von Zentrum und K.P.D. von den Sozialistinnen erscheinen auf der Bildfläche, und um unter allen Umständen auch noch den letzten der bürgerlich Wohlenden an die Urne zu bringen, erscheint die demokratische Fraktion mit Verkern, Techniken, Beamten und Konsulanten und predigt das Heil der allein seligmachenden Demokratie.

Unerwartete Hilfe haben die Bürgerlichen, wenn sie auf diese Weise die Interessen der Privatunternehmer wahrnahmen, bei den Menschenweifen bei der Klärtungen gefunden. Besonders die Unabhängigen ließen es sich anlegen sein, bei jeder Gelegenheit um Ausdruck zu bringen, daß sie es gar nicht bedauern, wenn unabhängige Gewerkschaftsvertreter mit unabhängigen Stadtverordneten und Stadträten in Konflikt kommen, denn die Gewerkschaftler haben nur eine kleine Gruppe der Arbeiterschaft zu vertreten, während die in den städtischen Körperschaften tätigen Genossen derselben Partei „das Wohl der Allgemeinheit“ im Auge behalten müssen.

Anglücklichweise hat die W.D. und U.S.P. einmal den Mut gehabt, vom Berliner Magistrat zu behaupten, daß es ein sozialistischer wäre. Nun benutzen natürlich die Privatunternehmer das Argument und sagen: Wenn der sozialistische Magistrat keine Lohnerschöpfung bewilligt, wenn der sozialistische Magistrat das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und die soziale Fürsorge abhand, dann könnt ihr Gewerkschaftsvertreter von uns nicht verlangen, daß wir den Arbeitern weiter entgegenkommen, als es von seiten des Magistrats geschieht.

Noch wirkungsvoller war die Taktik der Rechtssozialisten. Sie machten gar kein Geßl daraus, daß zwischen ihren Gewerkschaftsbürokraten und ihren sozialistischen Stadträten eine sehr enge Verbindung hinter den Kulissen besteht. Sehr drastisch hat dies der Stadterordnete Haß, der gleichzeitig im Hauptvorstand einer Gewerkschaft sitzt, in einer Sitzung der Tarifdeputation zum Ausdruck gebracht. Er sagte: „Die Organisationsvertreter verhandeln ja gar nicht, um aus dem Magistrat etwas herauszupressen, sondern hauptsächlich darum, um ihren Mitglieder gegenüber gedeckt zu sein!“

Zuchthausandrohung für lommun. Abgeordnete.

(W.D.) Danzig, 6. August.

Der Volkstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Antrag der Mehrheitssozialisten auf Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten Rahn und Schmidt. Die bürgerlichen Parteien gaben eine Erklärung ab, in der sie sich mit dem Vorgehen des Senats einverstanden erklärten.

Die von den Sozialisten verlangte Haftentlassung der beiden kommunistischen Abgeordneten ist auch vom Untersuchungsrichter abgelehnt worden, da gegen die Verhafteten ein Verfahren nach Paragraph 105 des Strafgesetzbuches eingeleitet ist, der Zuchthaus nicht unter fünf Jahren gegen diesen Vorbesten vorzieht, die den Volkstag zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zwingen. Senator Präsident Sahm betonte in einer längeren Erklärung, der Senat habe nur so gehandelt, wie es im höheren Staatsinteresse notwendig gewesen sei. Die Regierung siehe einmütig und geschlossen hinter den Senator Schümmer, mit dem sie stehe und falle.

Einheitsfront der Elbinger Arbeiter.

Nach einer Meldung der „Freiheit“ ist in Elbing zwischen den dortigen Ortsgruppen der W.D., U.S.P., W.P.P., den freien Gewerkschaften und den Abverbänden eine Arbeitgemeinschaft gebildet worden. Die Arbeitgemeinschaft, in deren engeren Ausmaß jede Körperschaft mit 2 Mitgliedern vertreten ist, will die Arbeiter sammeln zum Kampf gegen den in Dabrunsch noch immer bestehenden Belagerungszustand, gegen den Wucher und gegen die Steuerbelastung der Arbeiter, und für eine wirkliche Erwerbslosenfürsorge.

Wir begrüßen diesen Schritt der Elbinger Arbeiterschaft, da er dazu dient, die Schlagkraft des Proletariats zu stärken. Im Gegensatz zu der von uns heute gemeldeten Arbeitgemeinschaft zwischen W.D. und U.S.P. in Oberfeld-Barmen ist hier ein wirklich revolutionäres Programm aufgestellt worden, das ein Abbrechen der sozialdemokratischen Arbeiter von der Arbeitgemeinschaftspolitik mit dem Kapital bedeutet. Die W.P.P. wird überall bereit sein, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft dem Beispiel der Elbinger Arbeiter folgt und sich zu gemeinsamem Kampf gegen die Verelendung des Proletariats und die immer frecher werdende Reaktion zusammenschließt.

Warum die deutschen Arbeiter Hungerlöhne erhalten.

Der Korrespondent der Daily Mail für Arbeitsfragen, Alexander Thompson, besuchte Belgien und hatte dort mit Fabrikbesitzern Unterredungen, die sich hauptsächlich auf den Wettbewerb zwischen der deutschen und englischen Industrie bezogen. Es wurde allgemein erklärt, daß der Rückgang der deutschen Valuta den Deutschen zu einem wirtschaftlichen Siege über die Alliierten verholfen habe. Die deutschen Reichweiser sind für 60 M. zehn und mehr Stunden täglich tätig, was etwa 12 Franken entspräche, während

Der Zentralausschuss der DAPD. zum Mostauer Kongress.

die belgischen Arbeiter für acht Stunden 25-30 Franken erhalten. Aus diesem Anlaß hätten bereits größere Firmen in Charleroi ihre Löhre senken und ihre Höchsten ausländischen Profiteuren für 35 Fr. für je 100 Kilogramm verkaufen, während in Belgien die Produktionskosten allein 45 Franken betragen!

Die englische Maschinen wäre die Lage nicht viel besser. Eine Nadalbohnenmaschine koste beispielsweise, von Deutschland bezogen, 80.000 M., also 16.000 Franken. Der englische Preis stellt sich auf 800 Pfund Sterling, das sind etwa 37.500 Franken. Würde der englische Kurs 30 betragen, würden die englischen Maschinen aus Sentimentalgründen und schon deshalb, weil die englischen Produkte besser sind, gekauft werden. Aber wirtschaftliche Notwendigkeiten treiben zum Kauf deutscher Maschinen, außerdem würde der englische Handel schlecht gehandelt. Sofort nach Kriegsende hätte es sich Deutschland zur Aufgabe gemacht, seine konsularischen Beziehungen wieder in größtem Maße auszuweihen. Die englischen Fabrikanen seien nicht entgegenkommend; sie wollen an den zu liefernden Waren keine Abänderungen zugelassen und verlangen Bezahlung gegen Kasse. Dagegen sei bei der deutschen Industrie bereit, falls ein Modell nicht genau den Ansprüchen entsprechen, gewisse Abänderungen vornehmen zu lassen. Daraus erkläre sich auch der Aufschwung des deutschen Handels.

Die deutschen Hungerlöhne machen das deutsche Kapital konkurrenzfähig und die englischen und französischen Arbeiter arbeitslos. Wie im Kriege werden die Arbeiter gezwungen, als Feinde ihrer eigenen Klassengenossen zu wirken. Ihr eigenes Interesse und das Interesse ihrer ausländischen Klassengenossen erfordert gleichermaßen den energischsten Kampf gegen die Verelendung und für die Gestaltung der Produktion durch die Arbeiterklasse selbst.

Fortsetzung der Diskussion über den Bericht der Zentrale.

Meyer-Berlin: Unsere Partei ist tatsächlich eingestellt auf die Durchsetzung der politischen Linie, die der Mostauer Kongress gegeben hat. Wenn diese Linie bisher klar zum Ausdruck kam, so liegt das daran, daß die Zusammenarbeit der Zentrale mit den Abteilungen nicht so war, wie wir es gewünscht hätten. Durch gewisse organisatorische Mängel im Parteiparagraf ist es gekommen, daß nicht die ganze Partei sich sofort auf die von der Zentrale bestimmte Linie eingestellt hat. Diese Mängel sind aber werden abgestellt. Die lokalen Ereignisse müssen von den Provinzialblättern politisch viel besser ausgeführt werden, als es bisher geschehen ist. Einige Blätter haben dies schon sehr gut verstanden. Den Vorschlag der Genossen aus Oberschlesien auf Einberufung eines Mittelkongresses für das ganze Reich haben wir in der Zentrale nicht außer Acht gelassen, aber bis jetzt diese Forderung abschließend nicht aufgenommen. In der Frage des Verhaltens zur sächsischen Regierung hat Walcher eine Anschauung vertreten, die von der der Zentrale abweicht. Unsere lokale Opposition gegenüber dieser Regierung soll und darf nur dazu dienen, um sie besser entlarven zu können.

Wegen der vorgeschrittenen Zeit wird die Diskussion abgebrochen und die Besprechung der Anträge zum Parteitag beschlossen.

Pied-Berlin: In den Vordergrund unserer Auseinandersetzungen müssen wir die nächsten Aufgaben der Partei rücken und das, was der Kongress an positiven Richtlinien für die kommende Arbeit gegeben hat. Bei den Kämpfen gegen die Steuern, gegen die Brotpreiserhöhung, gegen die Herabdrückung der Lebenshaltung muß die Partei die Führerin des deutschen Proletariats werden.

Gegen eine Verlegung des Parteitages wird uns eingewandt, daß die Zeit zu kurz sei, um die neuen Thesen zu verarbeiten und die Delegierten danach zu wählen. Der Einwand hat etwas Befriedigendes für sich. Aber ich sehe die Gefahr, daß bei einer Verschiebung des Parteitages weniger um die großen politischen Probleme, als um die Frage gegangen wird, wer in Mostau Recht behalten hat. Die gute Führung der Kämpfe im Herbst setzt eine eingearbeitete Zentrale voraus. Die Zentrale muß Zeit haben, diese Kampagnen gut vorzubereiten. Alle diese Argumente sprechen gegen eine Hinauschiebung des Parteitages. Auf dem Parteitag müssen auch einige Paragrafen des Organisationsstatutes geändert werden. Die Zentrale muß anders aufgebaut werden. Wir müssen uns auch schrittweise über die Art der Delegiertenwahl. Wenn auf 1500 Mitglieder ein Delegierter kommen soll, so ergebe das ungefähr 300 Delegierte. Unserem Statut nach ist aber für die Zahl der Delegierten die Zahl der abgeführten Beiträge ausschlaggebend. Da aber unsere meisten Bezirke keine Beiträge abführen können, muß diese Bestimmung geändert werden.

Urban-Hamburg beantragt ohne Debatte über den Antrag Pied, den Parteitag nicht zu verlegen, abzustimmen. Auf den Antrag des Genossen Walcher erhält ein Redner für und ein Redner gegen den Antrag das Wort.

Stöder: Ich beantrage die Verlegung des Parteitages. Die politische Spannung ist nicht so groß, daß sie die sofortige Einberufung des Parteitages verlangt. Die Kämpfe, von denen Pied spricht, werden erst in einigen Monaten zu großer Bedeutung kommen. Das Ergebnis des Kongresses muß erst in den Massen der Partei bemerkt werden, damit der Parteitag die richtigen Entscheidungen fällt. Voraussetzung für die Verlegung ist, daß eine gewisse Entspannung mit dem Zentralausschuss erfolgt ist und ich sehe, daß dies der Fall ist. (Klara Zettin: Sehr richtig.) Die Genossen von der Opposition sollen nicht sagen, daß wir sie bergewaltigt haben, daß wir ihnen keine Zeit gelassen haben. Sinto kommt, daß von den Gen. Zhalheimer, Höderer, Fröhlich, ebenso von den Genossen des Exekutivkomitees der Wunsch geäußert wurde, daß der Parteitag nicht so früh stattfinden. Auch war sich die Zentrale früher darüber einig gewesen, den Parteitag nicht so schnell einzuberufen.

Meyer: Ich stelle einen Irrtum des Gen. Stöder fest. Die Zentrale hat nie beschlossen, den Parteitag so kurz nach dem Kongress nicht einzuberufen, sondern im Gegenteil, sobald als möglich nach dem Kongress. Wegen der wichtigen im Herbst anzuführenden Aufgaben ist die sofortige Einberufung notwendig. Die entscheidenden Diskussionen und Beschlüsse des Mostauer Kongresses sind bereits publiziert.

In den nächsten Tagen werden die Thesen veröffentlicht. Die Genossen in Mostau können uns nicht ohne genaue Kenntnis der Lage hier das Datum des Parteitages vorschreiben. In

solchen Fragen müssen wir selbst entscheiden. Uebrigens liegt auch kein Beschluß des Exekutivkomitees vor, sondern nur Anregungen der Genossen. Der wichtigste Grund, den Stöder anführt, daß eine Entspannung in der Partei eingetreten sei, trifft nicht zu. Wenn heute die Ergänzungswahlen in die Zentrale vorgenommen werden, so wird doch nur ein Provisorium geschaffen. Die Zentrale kann vor wichtige Aufgaben gestellt werden, die eine sofortige feste Entscheidung verlangen. Deswegen beantrage ich, den Parteitag nicht zu verschieben.

Der Antrag auf Verlegung des Parteitages wird gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Gen. Pied beantragt sofort Ergänzungswahlen in die Zentrale vorzunehmen und zwar erstens als Ersatz für den Gen. Brandier. Friesland zu wählen und zweitens in Erfüllung des Mostauer Friedensvertrages zwei Genossen der Opposition zur Mitarbeit in der Zentrale heranzuziehen. Die Mitarbeit Klara Zettin und Walcher würde eine politische Verstärkung der Zentrale bedeuten. Dadurch kämen wir auch zu einem viel ruhigeren Arbeiten in der Partei. Durch die Wahl dieser beiden Genossen müssen wir auch zeigen, daß die Partei wirklich geschlossen ist. Ich bitte sie deshalb, diesem Antrag auf alle Fälle zuzustimmen.

Müller spricht sich sehr scharf dagegen aus, ebenso **Urban**, der ausführt: Eine Ersatzwahl für Brandier für die kurze Zeit bis zum Parteitag hat keinen Sinn. Noch sinnloser aber ist es, oppositionelle in die Zentrale zu wählen, denn brauchen im Parteibuch kein Mensch daran, die Opposition überhaupt ernst zu nehmen. Und der Zentralausschuss kann nicht dieselben Leute, die er vor kurzem erst in Grund und Boden verdammt hat, in die Zentrale wählen.

Klara Zettin: Nicht etwa aus grundsätzlichen Bedenken, sondern weil mir rein physikalisch eine Arbeit jetzt unmöglich ist, spreche ich dagegen, daß ich in die Zentrale gewählt werde. Ich habe alle die Jahre über nicht einen Tag Ferien gehabt — und es war nur selbstverständlich, daß ich so gearbeite habe — aber jetzt muß ich einmal eine kurze Zeit ausspannen. Wenn ich in die Zentrale gewählt würde, so würde nur mein Name darin sein, nicht meine Arbeit.

Dahleim spricht sich für den Antrag Pied aus, ebenfalls ein ober-schlesischer Genosse.

Friesland-Berlin spricht mit aller Schärfe gegen Urban. Zu loyaler Durchführung der Beschlüsse in Mostau müssen wir alle ehrlichen Oppositionellen zur Arbeit heranziehen. Größte Differenzen zwischen uns und ihnen sind nicht vorhanden. Der gemeinsame Kampf ist möglich. Urbans Stellungnahme zeigt, daß er keine Ahnung hat, wie er in der Arbeiterbewegung zu arbeiten hat. Wir müssen die Arbeiter heranziehen und nicht benutzt abstoßen. Genossin Zettin muß in die Zentrale eintreten und wenn selbst nur ihr Name darin sein sollte.

Mostau-Berlin: Kein Arbeiter wird das begreifen, wenn wir die Oppositionellen jetzt hineinnehmen. Die Opposition muß in der Zeit bis zum Parteitag beweisen, daß sie verdient, in die Zentrale zu kommen.

Er erfolgt die Abstimmung. Der Antrag Pied wird mit 22 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Meyer-Berlin: Nach diesem Wahlergebnis zieht die Zentrale ihren Vorschlag auf Ersatz Brandiers durch Friesland zurück und schlägt anstatt Friesland, Klara Zettin vor.

Urban-Hamburg spricht dagegen. **Walcher:** Eine teilweise Korrektur des schweren Fehlers, den der Zentralausschuss jetzt gemacht hat, ist möglich durch die Wahl von Klara Zettin.

Bieder-Hamburg spricht gegen den Antrag.

Zettin: Es ist selbstverständlich, wie die Dinge jetzt liegen, daß ich eine Wahl ablehnen muß. Der Antrag wird mit 21 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag, daß alle Bezirkssekretäre auf dem Parteitag anwesend sein müssen, ohne beratende oder beschließende Stimme, falls sie nicht als Delegierte gewählt werden, wird mit 17 gegen 11 Stimmen angenommen.

Daraufhin wird ein Antrag Eberlein, statt auf 1500 Mitglieder, deren Beiträge abgerechnet sind, auf 1000 Mitglieder einen Delegierten zu bestimmen, einstimmig angenommen.

Friesland: Im Namen einer Reihe von Genossen beantrage ich, die Absetzung Brandiers als Zentralmitglied, da wir seine Haltung vor dem Gericht mißbilligen müssen.

Dosowsky beantragt, die Entscheidung über diese Frage dem Parteitag zu überlassen.

Pied spricht sich im selben Sinne aus.

Der Zentralausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Nach einer kurzen Ansprache des Genossen Pied wird die Sitzung geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Streiks im Buchdruckgewerbe.

In Berlin sind die ersten Kämpfe der durch die wirtschaftliche Notlage und durch das Verfallen der Zentralleitung des Verbandes zur Verzweiflung getriebenen Buchdrucker entbrannt. Mit einstimmiger Entschlossenheit ist das technische Personal der Kaufischen Buchdruckerei, Stallischer Str. 5 in die Aktion getreten. Die Streitenden erheben die beschiedene Forderung von 30 M. wöchentliche Zulage für männliche und 20 M. für weibliche Arbeiter. Der Unternehmer erklärte mit Zynismus: „Ich habe Geld, ich halte es länger aus wie Sie!“ Demnach haben die Buchdrucker schon zu lange zugehört, wie das Unternehmertum auf ihre Kosten Profiteure anhäuft.

Die Mainzer Buchdrucker haben am Sonntag den Beschluß gefaßt, angesichts der Verhältnisse im besetzten Gebiet und der fast resultarlos verlaufenen zentralen Verhandlungen, von den Prinzipalen eine drückende Zulage von wöchentlich 44 Mark zu verlangen und im Ablehnungsfall sofort Montag in den Streik zu treten.

Nach den Buchdruckern in Mainz haben nun auch die Wormser Buchdrucker die Arbeit niedergelegt. Sie erheben dieselben Forderungen. Der Streik wird sich weiter ausbreiten. Ob nun der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker dieser Sachlage Rechnung trägt und die Streiks anerkennt?

Massenversperrung in Braunschweig.

Die Metallarbeiter Braunschweigs haben Montag morgen ihre vor einigen Tagen ausgesprochene Drohung ausgeführt und 2000 Metallarbeiter auf die Straße geworfen. Der Vorwand für diese Brutalität war der Abbruch der Einigungsverhandlungen mit der streikenden Arbeiterchaft einiger Metallbetriebe durch die Schuld der Unternehmer. Es ist zu erwarten, daß sich die gesamte Arbeiterchaft Braunschweigs mit den Ausgesperrten solidarisch erklären wird.

Die Lohnbewegung der Eisenbahner.

Wie wir bereits vor einigen Tagen mitteilten, fand Anfang voriger Woche bereits eine Sitzung des erweiterten Vorstandes des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes statt, die den Beschluß faßte, auf eine der gegenwärtigen und kommenden Teuerung entsprechende Lohnhöhung zu bringen. Ihm ist jetzt der Deutsche Eisenbahner-Verband gefolgt, der an einer erweiterten Vorstandssitzung am Sonnabend und Sonntag einen ähnlichen Beschluß faßte. Am Dienstag wird eine Sitzung aller Spitzenorganisationen stattfinden, um sich auf gemeinsame Lohnforderungen und gemeinsames Vorgehen zu einigen. Es wird an den Eisenbahnern selber liegen, hinter die Verhandlungen der Vorstände den nötigen Druck zu setzen und unabweisend zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, sich mit ein paar Bettelpfennigen abzugeben zu lassen.

Arbeitsfriede.

Cobright by Der Mallo-Verlag, Leipzig.
Von Franz Jung.

Am Bürgersteig kommen einige ins Puffen. Das kommt durch das Drängen. Man wird vorgeschoben und schlägt nach hinten aus. Die Soldaten wurden nicht minder aufgeregt. Sie waren auf verlorenen Posten, wenn es ernst wurde. Sie wußten auch nicht, worum es sich handelte. Sie mußten doch bald abgelöst werden. Sie standen da mit furchterwendenden Mienen, aber das Bittern war ihnen näher.

Johlen, Pflöcke, Schiffe. Laute Rufe. Gegen die Soldaten. Sie schlagen sie brüt, sie sind in den Arrestzellen hinten, dort prügeln sie sie mit Gummischläuchen, schreie jemand. Von neuem flieg das Brausen hoch.

Gehen Sie weiter hier, schwanze wieder ein Soldat. Dann: **Raffen Sie los** — jemand hatte ihn am Arm gepackt, hielt das Koppel, fast nach dem Gewehr — die Menge drängt wie nach langem Ahd auf den Steigen vor — der Posten umringt. Zurück — schreit er wieder. Dann knallen die Fenster. Die Fenster werden eingeworfen. **Johlen.** Die Posten sind in einem Knäuel verschwunden. Drängen und Schieben und Rärm, niemand kann mehr recht etwas sehen — da schießt das Maschinengewehr. Die Schiffe gehen noch hoch über die Menge weg. Wie in einem Strudel dreht sich alles durcheinander. Straße frei! Aus den Fenstern wird geschossen. Schiffe, mehrere hintereinander. Noch ist alles ein schwarzer, wirrer Knäuel.

Da springt ein großer, schlanker Mensch, noch ein junger Kerl, auf den Offizier zu und schießt ihn an die Gurgel. Es ist nur eine Schande. Aber jeder sieht es, wie es sich langsam entwickelt. Die Spannung steigt und fällt dann. Er hält ihn am der Gurgel und drückt die Faust zu, hebt den Körper hoch — der schießt, schlägt um sich, zieht die Schultern mit einem Ahd hoch und hängt dann — und dann schmeißt er ihn ins Hogen zur Seite. Inzwischen schreien sie, wahnwahnig vor Angst, wildgeworden in den Häufen hinein. Der flieht auseinander, aber immer auf neue Massen. Viele geraten direkt unter die Soldaten. Und von oben runter aus den Nachbarnhäusern kommen sie gestürzt. Und auch die Metallarbeiter kommen in Truppen auf die Straße, im Lauf auf das Büro zu. Das Tor heult laut auf und freischt und gibt dann nach.

Aber Berittene sind schon in den Straßen. Es ist noch alles durcheinander. Ein paar Grüns liegen wie tot im Kinnstein. Die Masse flutet in das Haus und stößt sich brinnen fest. Vor den entgegengesetzten Revolvern. Und es kommt allmählich etwas Ordnung in den Strom. Sie schreien sich noch an. Bald wird ringsum alles von Militär starten. Aber auch die Arbeiter erhalten Zugang. Truppen schießen man noch gegeneinander. Da gelingt es einem höheren Polizeibeamten, der sich von draußen durchgeschlagen hat, Gehör zu finden. Man verhandelt. Die Laffaden hellen sich auf. Es wird klar, was vorgeht. **Bertramensleute der Metallarbeiter** treten auf den Plan. Die Organisationen beginnen zu arbeiten. Das Telefon — — — und die Regierung wird eingreifen. Noch sind die Parteien in einander verhasst. Aber es soll nicht weiter angegriffen werden. **Verammlungen.** Die Straße wimmelt von Menschen. Unaufhörlich wird neues Militär im Viertel zusammengezogen. Aber auch Betriebe der Nachbarschaft gehen auf die Straße. Die Wahrheit fließt durch. Man sieht Verwundete, Blaulachen, hört Zahlen flüstern.

Es vergeht lange Zeit. Dann marschieren die Wanderarbeiter in geschlossenem Zuge ab, die gefangen genommenen Kollegen wieder mit drunter. Man scheint sich geeinigt zu haben. Die Menge strömt allmählich aus dem Haus. Dann wird abgeschossen. Gruppen lösen sich auf. Polizei, noch höflich, fordert zum Auseinandergehen auf. Langsam zerstreut sich alles. Doch es dauert noch viele Stunden. Immer neue kommen und gehen. Das Geräusch fließt durch die Stadt. Es hat Tote und Verwundete gegeben, heißt es.

Die Toten liegen drinnen im Hof. Eine Kommission wird erwartet, ehe man sie fortzuschaffen wird. Ein Soldat und ein paar Zivilisten. Darunter auch der junge Mann, der eigentlich erst alles in Fluß gebracht hatte. Er ist der Polizist als **Rehhalter** bekannt. Wird aber auch nicht nein gesagt haben, wenn es ein anderes dunkles Gesicht gäbe. Er liegt gleich vorn. Wie ein Mahnmahner hat sich der gebildet, sagt jemand, der eine Soldat hat seinen ganzen Vornamen an ihn verschossen, ein jüdes Ahd. Das Gesicht ist noch streng gezogen, scharf durchhürdet. Noch ist das Gesicht alabasterweiß, eine schwarze Leide hängt über die Stirn, die feucht schimmert.

Er hat die Lage für die Arbeiter gerettet, der Kapferer. Man wird ihn vergessen. Ein Bürger hätte gesagt, der Mann wollte sterben, denn es war Selbstmord. So fiel er, der Kapferer, als ein Opfer der allgemeinen, der großen Revolution — in

mitten eines klaglichen Straßenauslaufs. Ein ungeheurer Haß hatte ihn getrieben, ungehemmt — und er ist erlosch, sagt man. Als Ueberlebender. Viele wollen nicht erstirbt sein, sie vertriehen sich. Sie sterben im Bett. Sie schämen sich nicht, auf Krankheit zu warten, auf das Verfaulen, während draußen die Revolution der Menschheit ist. Sie fürchten sich angefochten zu werden, eingekerkert und in Gefängnissen zu Tode gequält. Kameraden, dabei ist nur dieses die Form unseres Lebens, wenn es zu Ende gehen soll. Noch ist es stetig und bürgerlich, an Altersschwäche zu sterben, wie Menschen, die im 3-Tagesrausch der Zeitalter leben. —

Das Wasserchen.

Am oberen Rande der Wiese, dort wo sie an den Wald hinzieht, dort bis zum Bahndamm und darüber hinaus hinzieht, war ein Graben gezogen, und wo die Wiese einen Knick machte und nach der Straße zu wieder abfiel, ein Stück halbe Stange da an, ehemals bebautes Land, dürr und unfruchtbar — dort standen einige Sträucher und Büsche und dazwischen rieselte ein Wasserchen, das von dort in den Graben floß. Es war an der Stelle ein winziger Kämpel, der nach dem Wald ging darüber hin und man hatte aus zwei Brettern eine kleine Brücke gebaut.

Ein kleines Mädchen saß auf der Brücke, die immerhin hoch genug war, daß die hin- und herfahrenen Beine mit den Füßspitzen gerade noch nicht nah wurden, und raffte Sand und kleine Steinchen zusammen und warf sie runter ins Wasser. Das tat sehr unwillig. Es plätschte etwas, runzelte die Stirn, als ob es sehr böse wäre und verächtliche den Sand, als wäre er nie gewesen. Und da ihm immer gleichmäßig der Lärm schwall und dann wieder eben wurde, so machte sich das Mädchen etwas ganz anderes aus. Es nahm einen kleinen abgedorren Zweig und warf ihn ins Wasser, und siehe da, der Zweig drehte sich langsam im Kreise und schob sich dann nach einer Richtung zurecht, und dann trug ihn das Wasser, durch die Länder durch und noch ein kleines Stück, dort hatte das Wasser große Falten und zögnete sich in eine Rinne, und über die Falten zog der Zweig und ließ sich ab, so daß er stolz weiter dahinschwamm. Nun war er fort, aber das Mädchen holte rasch einen neuen und dann Grashalme, die viel schneller auf die Weile gingen, und das Wasser trug sie alle. Es hob sie stolz noch einmal empor, dann drehten sie sich und verschwanden. (Fortf. folgt.)

Breslauer Nachrichten

An alle Mitglieder!

Zur Durchführung der Hilfsaktion für Sowjetrußland fordert die Ortsleitung die Unterstützung aller Mitglieder. Jedes Mitglied der B.A.P. ist verpflichtet, im Monat August einen Tagelohn abzugeben. Als Quarttag ist für Breslau der 13. August festgelegt worden. Die Beiträge sind gesammelt an die Ortsleitung abzuliefern. Die Beiträge sind gesammelt an die Ortsleitung abzuliefern.

Die Ortsleitung.

Zwischen Moskau und Jena.

ewgr. Der mit größter Spannung erwartete 3. Moskauer Weltkongreß hat sein Ende gefunden. Die Mehrzahl der Delegierten ist wieder zurückgekehrt. So ausführlich, als es technisch möglich ist, ist in den Parteiblättern über den Kongreß berichtet worden. Die oberste Körperschaft unserer Partei, der Zentralausschuß, hat ebenfalls zu den Kongreßbeschlüssen bereits Stellung genommen. Und es ist jetzt Sache der einzelnen Ortsgruppen, ausgiebig über die Moskauer Ergebnisse zu diskutieren, damit der am 22. August stattfindende Parteitag in Jena sein letztes Wort sprechen kann.

Für unsere deutsche Partei waren die Moskauer Verhandlungen insofern von einer ganz besonders wichtigen Bedeutung, als sie den seit der Märzaktion entbrannten Streit innerhalb unserer Partei zu einem Abschluß führen sollten. Für alle Parteigenossen stand es fest, daß eine Fortsetzung der mit teilweise recht persönlicher Note geführten Kämpfe unserer Partei zu allergrößtem Schaden gereichen würde. Der Moskauer Kongreß mußte ein letztes Wort sprechen. Und er hat gesprochen.

Er stellte fest, daß die Märzaktion kein bahnweisiger Fehlschlag war. Der Ausschluß Lewis aus der Partei wurde gebilligt. Die Politik der Internationale wurde in gemeinsam beschlossenen Thesen festgelegt. Zwischen den deutschen Genossen wurde in Moskau ein Friedensvertrag abgeschlossen. Das war das Wichtigste, was die deutsche Sektion der 3. Internationale vom Weltkongreß hören wollte. Alles weitere ist die Angelegenheit des deutschen Parteitages.

Die in Berlin während der Zentralausschussprüfung geführte Diskussion zeigte allen Teilnehmern mit erschreckender Deutlichkeit, wie notwendig es ist, daß sich unsere Partei endlich wieder auf einer mittleren Linie zusammensindet. Die ersten Aufgaben, die das deutsche Proletariat zu erfüllen hat, machen es jedem einzelnen Parteigenossen zur heiligen Pflicht, in den Moskauer Beschlüssen diese mittlere Linie zu suchen. Will unsere Partei die Führung der Massen auch in Zukunft behalten, will sie gerade in der kommenden Zeit in inniger Fühlung mit den Massen bleiben, so muß sie sich in ihrer Gesamtheit auf dem Boden der Moskauer Beschlüsse wieder zu aktiver Einigkeit zusammensinden.

Bei einer Kritik der Märzaktion wiesen wir bereits an dieser Stelle darauf hin, daß sich auch die Parteigenossen, die damals glauben hinter Lewis ziehen zu müssen, ganz gewiß noch einmal zu uns zurückfinden würden. Und wir fürchteten uns auch nicht die Fehler anzudeuten, die Gefahren anzuzeigen, die unsere Partei erwarten bei einer allzu kritiklosen Sicherung des Kurzes nach links. Heute haben die Delegierten von links und rechts sich in Moskau mit Unterzeichnung eines Friedensvertrages geeinigt. Von links und rechts wurden die Fehler eingesehen und ganz besonders die Notwendigkeit, innerhalb der Partei den Streit, der nun recht gehabt hat, ruhen zu lassen.

Das eine steht fest. Werden die Feindschaften in unserer Partei auch in der nächsten Zeit fortgesetzt, so gar in der Form wie bisher, daß jede positive Parteiarbeit darunter leiden muß, so wird immer mehr Parteigenossen die Arbeitslust verliert und unsere Partei sinkt tatsächlich zu einer einflusslosen Sekte herab.

Das ist eine bittere Wahrheit, die auf der Zentralausschussprüfung mit erschütternder Deutlichkeit dem Genossen Stoeder ausgesprochen wurde und auch mit Zahlen belegt werden konnte. Wir haben uns heute mit allem Ernste die Frage vorzulegen, welchen Nutzen es hat, wenn unsere Partei der großen Masse des Proletariats ständig ein gewaltiges Hindernis voranstellt, wobei wir natürlich immer mehr die Fühlung mit der Masse verlieren müssen. Wir haben zu erkennen, daß es höchste Zeit wird, daß wir im Vorwärtsrücken nachlassen, bis die Masse wieder mit uns gleichen Schritt hält.

Das unsere Partei dabei menschentüchtig verjumpten könnte, ist bei der Tradition, die unsere junge Partei dabei hat, nicht zu befürchten. Auch werden die kommenden Parteitags- und Parteikämpfe für den nötigen klaren Wind sorgen. Außerdem hat das opportunistische Verstecken, das tatsächlich mit in die B.A.P. übergegangen ist, tatsächlich nur Bitterkeit erhalten dadurch, daß sich ein Mann wie Levi darobrevierte. Die Mehrzahl der Genossen, die Lewis bedient und dadurch in den Geruch des Opportunismus kamen, haben sich schon vor der Märzaktion als revolutionäre Kämpfer erwiesen. Der opportunistische Summary hat heute nicht mehr zu fürchten. Es ist daher dummes und verantwortungsloses Geschrei, wenn einzelne Genossen die mündere Linie, die unsere Partei in Zukunft einnehmen wird und einnehmen muß, mit einem Stumpf gleichstellen. Nicht allein die Selbsterkämpfung unserer Partei (was ist im Sinne der Revolution eine Partei!), als vielmehr unsere Pflicht dem Gesamtproletariat gegenüber macht es erforderlich, daß unsere Partei den Weg der Einigung, den sie in Moskau eingeschlagen hat, schließt auch über Jena hinaus.

Die gegenwärtig sehr ernste Situation macht es doppelt erforderlich, daß endlich Frieden in unsere Partei einkehrt. Die Atempause der Revolution, in der wir uns jetzt befinden, muß ausgenutzt werden zu einer frasseren Organisation unserer Partei, zu einer weitestlichen Durchbildung und Schulung der einzelnen Parteimitglieder.

Den kommenden Aufgaben, die unsere Partei im Dienste der Weltrevolution zu erfüllen hat, kann sie nur gerecht werden, wenn die organisatorischen Vorbereitungen dazu getroffen sind. Und gerade dazu braucht es in erster Linie die Einigkeit in der Partei selbst. Es ist

bisher zu wünschen, wenn alle Genossen die wenigen Tage, die uns zwischen Moskau und Jena noch bleiben, dazu benutzen, alles Trennende zu beseitigen und dazu beitragen helfen, den in Moskau geschlossenen Friedensvertrag in die Tat umzusetzen.

So wie bisher kann es nicht weitergehen. Das letzte die letzte Zentralausschussprüfung. Es muß zum inneren Frieden kommen, soll unsere Partei nicht in Trümmer zerfallen werden. Die Moskauer Beschlüsse bieten die Grundlage zu der Einigung, ohne die es keinen Gesundungsprozess unserer Partei geben kann. Die neue Zentrale wird über diese Einigung wachen und sie, wenn es sein muß, mit disziplinären Mitteln schützen müssen nach rechts und — natürlich auch nach links.

Die wirtschaftlichen Konflikte liegen bergehoch vor uns. Das Steuerproblem und die Brotpreiserhöhung steigern für den Kapitalismus die Schwierigkeiten auf neue. Mag es ihm immerhin in letzter Zeit gelungen sein, sich einigermaßen zu konsolidieren, die kommenden Wirtschaftskämpfe werden dem Kapitalismus neue schwere Erschütterungen bringen. Das jetzt unter dem Boden schwelende Feuer der Revolution wird mit aller Glut emporzuschlagen und das morsiche Gebäude des Kapitalismus anessen, um es endlich unter seinen Flammen zu begraben. Auf diese Kämpfe muß sich unsere Partei einstellen. Hierfür gilt es gerüstet zu sein. Und gerade dazu braucht es die Einigkeit in der Partei. Moskau hat den Weg dazu gewiesen. Jena muß ihn gehen.

Erneute Verhaftung.

Die Breslauer Staatsanwaltschaft macht aus ihrer reaktionären, gegen das Proletariat gerichteten Gesinnung keinen Hehl. Im Anschluß an die Märzaktion und an den Waldenburger Bergarbeiterstreik hat sie gegen eine große Anzahl von Kommunisten Hochverratsverfahren eingeleitet. Nach einigen Monaten mußte sie eine ganze Anzahl von Genossen freilassen, weil gegen sie nicht das Geringste vorlag. Heute erfahren wir nun, daß unser Genosse Schuster, der Ende Juni aus der Haft entlassen wurde, erneut auf Befehl des Staatsanwalts verhaftet ist. Auf Vorhalt wurde unserem Genossen mitgeteilt, daß er beschuldigt wird, im Verein mit den noch in Haft befindlichen Genossen eine rote Kampforganisation gebildet bzw. vorbereitet zu haben. Diese Organisation sollte den Zweck haben, im Herbst 1921 (!) einen allgemeinen Ausstand mit dem Zweck der Errichtung der Räterepublik durchzuführen.

Das Material, auf das sich die Staatsanwaltschaft stützen will, wird noch immer zusammengebracht. Auf dieser Suche ist vor kurzem der Kriminalbeamte Rizen „verunglückt“. Das von ihm veröffentliche Material zeigt zur Genüge, wie Kriminalpolizei und Staatsanwalt alles tun, um die Kommunisten ins Zuchthaus zu bringen. Nur einen geringen Teil dieses Eiers angewandelt in der Verfolgung der noch immer nicht aufgelösten bürgerlichen Kampforganisation, würde die Staatsanwaltschaft so beschuldigen, daß sie 2. Jeferendare zu Richtern und Staatsanwälten machen will, um den Stoff zu befeuchten.

Wenn wir den Arbeitern immer wieder die Schandtat der weißen Richter, dieser zerbildeten Stütze der Reaktion, vor Augen führen, so sehen sie jetzt wieder ein Musterbeispiel behörlicher Justiz. Wenn sich sozialdemokratische Kreise wundern über den wachsenden Einfluß der monarchistischen Clique, so müssen wir ihnen sagen, daß sie durch ihren Verrat und ihre Treue den größten Teil der Schuld selbst tragen.

Beschäftigung Schwerbeschädigter

Die für die Geschickte für Kriegsbeschädigte der Stadt Breslau erachtet und im August folgende Zeiten:
Im Anzeigenteil der vorletzten Nummer wurde eine Bekanntmachung betreffend die Beschäftigung Schwerbeschädigter nach dem Reichsgesetz vom 6. 4. 1920 veröffentlicht. Auf ihren für die Arbeitgeber wichtigen Inhalt sei hier noch ausdrücklich hingewiesen.

Das Gesetz greift mit seinen verhältnismäßig kurzen Bestimmungen in umfassender Weise in den gesamten Wirtschaftsapparat ein. Es ist heute das wichtigste Glied in der Kette der Maßnahmen, mit denen das Reich für das Schicksal der Kriegsbeschädigten sorgen will. Seine Abicht, jede beschränkte Arbeitskraft schwererbeschädigter und Schwerunfallverletzter so günstig wie möglich zu bewerten, stellt überdies ein gewisses Maß an Arbeit am Wiederaufbau unseres Wirtschaftswendens dar. Leider ist die Anzahl weit verbreitet, ein Schwerbeschädigter taugt zu produktiver Arbeit in den Betrieben nicht mehr. Der Staat solle ihm zum Lebensunterhalt völlig ausreichende Rente gewähren. Ganz abgesehen davon, daß auch die ausgiebige Rentenversicherung dem schwerverletzten, besonders in physiotherapeutischer Hinsicht, den Segen eigener Arbeitsfähigkeit nicht erschließen kann, hat die Erhaltung der Kriegsbeschädigtenrente gelebrt, daß bei veränderlicher Ausmaß der Arbeitskraft und vernünftiger Anpassung der Arbeitsbedingungen auch der hochgradig Erwerbsunfähige noch sehr wohl imstande ist, produktive Arbeit zu leisten.

Die Fürsorge für Kriegsbeschädigte der Stadt Breslau sieht sich deshalb genötigt, erneut an die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes vom 6. April 1920 und der im Zusammenhang damit ergangenen Verordnungen hinzuweisen.

Grundsätzlich ist bei Befragung eines Arbeitsplatzes ein darüber geeigneter Schwerbeschädigter anderen Gewerbern vorzuziehen. Im einzelnen ist jeder private Arbeitgeber verpflichtet, aus 20 bis einschließl. 50 Arbeitnehmern mindestens einen Schwerbeschädigten und aus je 50 weitere Arbeitnehmern mindestens einen weiteren Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Als Schwerbeschädigter gilt dabei, wer als Kriegs- oder Unfallverletzter 50 Prozent oder mehr Rente bezieht. Freie Arbeitsplätze, die für Schwerbeschädigte geeignet sind, sind hier der oben genannte Fürsorgebehörde, in der Gefängnisse 34, Erdreichhof, Zimmer 1b, anzugeben. Für die Besetzung des Arbeitsplatzes der Schwerbeschädigten sind unter Berücksichtigung der Arbeitsbedingungen die Tarifverträge maßgebend. Auf den Arbeitslohn darf die Rente nicht angerechnet werden. Schwerbeschädigte dürfen, abgesehen von den Fällen frühestens Kündigung, nur mit einer Kündigungsfrist von mindestens 4 Wochen entlassen werden. Die Kündigung bedarf der Genehmigung der Fürsorgebehörde für Kriegsbeschädigte.

Der § 14 des Gesetzes bebringt private Arbeitgeber, die vorläufig oder groß jährig gegen dessen Bestimmungen verstoßen, mit Bußen bis zu 10000 M. für jeden einzelnen Fall des Verstoßes.

Die Schwerbeschädigtenfürsorge ist weit davon entfernt, das Gesetz nur in formal-juristischer Weise handzuführen und es der häufig in schwerer wirtschaftlicher Lage befindlichen Arbeitgeber gegenüber etwa durch die jetzt bei Durchführung spezieller Gesetze stehenden Strafbestrafen zur Geltung zu bringen. Sie wird zunächst jede tatsächliche Unterstützung verschaffen und nur dort, wo versagt wird, auch der Straftat vorbeugen. In der Natur unserer Wirtschaftskommissionen begründeten Selbstschutz besteht für den Genossen insofern zu entsprechen, mit den höchsten Strafmitteln vorgehen. Mit und Gleich der teilweise seit Jahren erwarteten Schwerbeschädigten verlangen des. Der im Kriegs- oder im Friedenszeiten verlegt ist in

seiner Arbeitsfähigkeit Geschwäche hat durch das Gesetz einen öffentlichen Rechtsanspruch auf Beschäftigung, auch wenn keine Beschäftigung für den einzelnen Wirtschaftskörper weniger vorzuziehbar ist als die möglichst weitgehende Ausnutzung einer gesunden Arbeitskraft. Diesem Rechtsanspruch für ihre schwerbeschädigte Erfüllung zu verschaffen, wird sich die Kriegsbeschädigtenfürsorge mit allem Nachdruck angelegen sein lassen. Magistrat, Presseamt.

Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß alle Kriegsbeschädigten und Unfallverletzten eingereiht werden müssen in den Produktionsprozess. Der gute Wille, die verschiedenen Verordnungen durchzuführen, hat aber bei den meisten Arbeitgebern seither gefehlt. Wenn sie sich schon herbeilassen, Schwerbeschädigte einzustellen, haben sie immer wieder versucht, sie als Lohnbrüder usw. zu vermeiden. Wenn jetzt der Magistrat bestrebt sein will, Durchgreifendes zu leisten, würde er unsere ganze Unterstützung finden.

Ein Wanderzirkus ist da. Auf seiner Gastspielreise von Königsberg, Danzig über Erfurt, Chemnitz ist der Wanderzirkus Angelos, welcher unter der Leitung des schlesischen Direktors Straßburger jun. steht, nach Breslau gekommen und hat seine Zelte auf dem rechten Ufer an der Kaiserbrücke aufgeschlagen. In dem über 2000 Personen fassenden Zeltbau werden an erster Stelle zirkusförmige Künste, bestehend aus hervorragenden Darbietungen der Schuljorde, neuartigen Freizeitsportarten, Jodelgruppen und Sportkriegen das Programm beherrschen. Es wird aber auch für Humor gesorgt.

Verband Breslauer Mieter. Am 26. Juli fand im Artilleriepark die Gründung eines Mietervereins statt. Die Versammlung entschied sich für den Namen „Verband Breslauer Mieter“. Derselbe soll die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Mieterschaft wahren und fördern und sich auf gewerkschaftlicher Grundlage aufbauen. Der Eintrittspreis wurde auf 1 Mark, der Monatsbeitrag auf 0,75 Mark festgelegt. Dafür wird Rechtsrat und Rechtschutz gewährt. Die provisorische Geschäfts- und Auskunftsstelle befindet sich Karlstraße 7, 3. Et., bei Heinz.

Provinznachrichten

Landeshut.

Malerkreis. Die hiesigen Maler beschlossen, das Angebot der Unternehmer als Ausgleich für die eingesetzte Feuerung als ungenügend abzulehnen und sofort in den Streik zu treten. Es kann den Malern nicht zugemutet werden, trotz der zugefügten Erhöhung noch um ein bedeutendes unter dem Lohn der Bauhilfsarbeiter zu arbeiten, zumal die Maler im Winter ebenfalls mit einer längeren Arbeitslosigkeit zu rechnen haben.

Wozu der Staat Geld hat. Die Errichtung von Einwohnerehren durch den verstorbenen Minister Heine brachte es mit sich, daß den einzelnen Kreisen besondere Organisations zugewiesen wurden, welche fast sämtlich aus den durch die veränderten Verhältnisse übrig gewordenen Offizieren der wilhelminischen Ära entstammten. Die Tätigkeit dieser ehemals kaiserlichen Offiziere sollte angelehnt an die bestehenden auf republikanischer Grundlage zu bilden. Auch Landeshut bekam einen solchen Organisations (Kreisrat) zugewiesen. Nun sind 2 Jahre ins Land gegangen, die Einwohnerehren bekanntlich auf höhere Anordnung aufgelöst, die Organisations aber, von denen niemand bis jetzt irgend etwas über ihre Tätigkeit zu berichten wußte, sind immer noch auf ihrem Posten. Hier böte sich dem Staat, her, wenn es sich um Arbeiter und unter Beamtent handelt, in Sparamkeit nicht genug tun kann, wirklich Gelegenheiten, ohne Schädigung der Volksgesundheit, die Worte vom Sparen in Taten umzusetzen und die Herren einen nützlichen, der Allgemeinheit dienenden Verufe zuzuführen. Für die Angestellten und unteren Beamten, für die Pensionäre und Rentenanwärter, für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der Kriegsgenossen gibt es kein Geld, für die Offiziere, für die Schlot- und Kraftpunkt sind Siebegaben in Millionen und Milliarden zur Verfügung.

Und das alles in der demokratischen Republik, wo neben den Vertretern des Geldsacks harmonisch auch die angeblichen Vertreter der unteren Schichten in der Regierung sitzen.

Aus dem Waldenburger Revier.

Reaktionäres aus Weißstein.

Allenthalben beginnen die Grubenbeamten Morgenluft zu wittern. Sie wollen die „alte schöne Zeit“ wieder herstellen. So ist es auch in Weißstein.

Nicht nur die Herren Lange und Dittmann sind mit Folge des „gutmütigen Betriebsrates“ wieder zu Amt und Würden gekommen, auch Steiger Mai ist sich auf dem Juli 1920 schacht im thronisieren und „kanieren“ der Arbeiter. Dieser Herr verkehrt mit den Leuten in einem Ton, der in früheren Zeiten jedem Stabenaufseher Ehre gemacht hätte. Im Befragnis kummert sich Mai nicht, ihm ist es nur darum zu tun, bei seinen Vorgesetzten gut angeschrieben zu sein. Leute, die sich erlauben, bei der großen Hitze einmal eine Pause zu machen, werden von Mai in der beleidigendsten Weise angegriffen. Solidaritätsgedühl kennt dieser Herr natürlich nicht. Kommt er den Arbeitern freundlich, dann will er sie nur ausfordern. Wie er über die Arbeiterhaft denkt, das zeigte er damals, als gegen das Verbleiben Langes und Dittmann passive Resistenz geübt wurde. Da erlaubte er sich — unter feinschleichen natürlich — die ungläubigen Beschuldigungen der Arbeiter.

Vor diesem Herrn können sich die Arbeiter nicht genug in Acht nehmen.

In dem Affizierten Reich hat Mai ein würdiges Gegenbild gefunden. Er hat heute längst vergessen, daß er früher einmal Bergmann war. Heute erßt er sich in Selbstüberhebung seinen ehemaligen Amtsbrüdern gegenüber und bemüht sich mit Feuerzifer, den Grubengewaltigen nach dem Munde zu reden.

Es ist bedauerlich, daß die Reaktion immer in den Reihen der Arbeiter selbst ihre gefügigsten Werkzeuge findet, um die Arbeiter wiederzubrüden und rechtlos zu machen. Aber vielleicht genügen diese Zeilen schon, um auf die betreffenden Elemente die Arbeiter hinzuweisen und sie der Masse als Mitbeller der Reaktion zu denunzieren.

Berichtungsstatender

Mittwoch, Donnerstag, den 11. August, abends 7 Uhr, im eigenen Kreis, Diskussionsabend. Alle Bergarbeiter, Betriebsräte, auch sympathisierende Genossen sind eingeladen. Thema: Die Unterbringung für Sowjetrußland.

Mittwoch. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Redaktionen für die Schließung der Arbeiterzeitung immer vom 15. bis 22. jeden Monats vorgenommen wird. Es ist freigeschickt, die Zeitung im Voraus oder wöchentlich zu bezahlen. Der Kolporteur: :

Verantwortlicher Redakteur: Richard Jannß. Berlin, Verlag Sozialistischer Verlag, G. m. b. H., Breslau, Druck: Friedrichs-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 4.

Der Moskauer Weltkongreß.

Diskussion über den Bericht der Exekutive.

(Fortsetzung aus der Beilage vom Sonnabend, den 6. August.)
Moskau (Ungarn):

Genossinnen und Genossen! Es wurde gegen die Exekutive der Vorwurf erhoben, sie entsende schlechte Vertreter auf sehr verantwortungsvolle Posten. Einer dieser schlechten Vertreter war ich. Die Genossen von Deutschland und Italien haben teilweise schon ihre Meinungen über mich geäußert. Ich habe dazu sehr wenig hinzuzufügen. Ich habe in Italien in vollem Einverständnis mit dem Genossen Sabatelli und mit der Exekutive der italienischen Partei gehandelt. Es bestanden zwischen uns keine Meinungsverschiedenheiten, ich hatte auch wenig zu verbessern, weil wir alle die Lage gleich beurteilt haben; wo Meinungsverschiedenheiten bestanden, so waren sie dort, wo der gewöhnliche Genosse Dr. Paul Levi sich in die Angelegenheit mengte. Die Genossen wissen, daß auf dem Kongreß in Liborno die Hauptfrage die Entfernung der Reformisten und der Turatisten aus der italienischen Partei war. In dieser Arbeit hätten diejenigen Vertreter der großen kommunistischen Parteien, die eine Spaltung schon durchgeführt hatten, uns sehr gute Dienste leisten können. Wir hofften in dieser Beziehung in erster Linie auf die Hilfe der neuen französischen kommunistischen Partei, die die Spaltung erst einige Wochen zuvor vorgenommen hatte, und auf deren Schwächen sich hauptsächlich der Bau der Verteidigung von Serrati gestützt hatte. Die französische Partei hat aber keinen Vertreter zu diesem Kongreß geschickt, obwohl die italienische kommunistische Sektion sie eingeladen hatte. Es ist möglich, daß das Einladungsschreiben ebenfalls an eine schlechte Adresse geraten ist, wie die Bitte der luxemburgischen Genossen, und daß infolgedessen die Vertretung der neuen kommunistischen Partei es nicht für notwendig erachtet hatte, ungerufen auf dem Kongreß zu erscheinen. Infolgedessen mußten wir auf die Hilfe der französischen Genossen verzichten.

Als ich in Berlin war, erfuhr ich, welche Resolution die Vereinigte kommunistische Partei in der italienischen Frage angenommen hatte. Ich sah sofort aus dieser Resolution, daß in ihr Stellen sind, die Serrati neuen Boden zu einem schändlichen Verhalten bieten könnten. Ich habe deshalb sofort die Vertretung gebeten, eine Resolution einzubringen, die jeden Zweifel ausschließt. Auf mein Referat hin wurde auch eine entsprechende Resolution ausgearbeitet, und inzwischen hat in Moskau, ganz unabhängig von uns, die Exekutive ebenfalls diesen Fehler in der Resolution gesehen und gleichermäÙen die deutsche Partei gebeten, sie möge die Resolution in dem Sinne umändern, daß da keine falsche Deutung gemacht werden könne. In der Sitzung des Parteivorstandes und in der Sitzung des Reichsausschusses, an denen ich teilnahm, schilderte ich den Genossen die italienische Lage. Es waren die Genossen in erster Linie der Genosse Brandler, sehr aufgebracht, weil Paul Levi sie so informiert hatte, daß in Italien die eigentlich kommunistischen Massen hinter Serrati stünden und die sich kommunistisch nennenden Massen sich aus Syndikalisten und Anarchisten und aus unklaren Elementen rekrutierten. In dieser Information sollte ich nach der Behauptung der Genossen Berlin drei Fehler begangen haben. Ich habe die KPD für zu groß gehalten, ich habe in der Beurteilung der französischen Partei davon gesprochen, daß es manchmal notwendig ist, eine Partei zehnmal zu spalten, außerdem habe ich gesagt, wir wollten in der italienischen Frage ein Exempel statuieren. Ich werde auf diese Fragen kurz antworten.

In einem Privatgespräch mit der Genossin Clara Zetkin habe ich davon gesprochen, daß, wenn zu einer Partei auf einmal 400 000 neue Mitglieder kommen, innerhalb dieser Partei bei Aktionen oder bei der Durchführung der Säuberungen, die wir auf dem 2. Kongreß für die kommunistischen Parteien für obligatorisch erklärt haben, ein Teil dieser 400 000 Mitglieder sicher herausfallen werde. In diesem Sinne habe ich davon gesprochen, daß die KPD groß ist. Ich habe auch davon gesprochen, daß es möglich ist, die Parteien zehnmal zu spalten zu müssen. Ich habe das bei der Frage der französischen Partei gesagt, wo es sich darum handelte, daß, wenn wir zu wählen haben, ob Hunderttausende von Proletariats die Fehler der Opportunisten begreifen müssen, wie es das Schicksal des ungarischen Proletariats durch die Führung der opportunistischen Elemente beweist, oder die Partei zehnmal zu spalten wäre, ich die Spaltung wählte. (Zustimmung.) Ich habe auch davon gesprochen, daß wir ein Exempel statuieren müssen. Ich habe das in Bezug auf die italienische Partei gesagt. Wir wissen, daß, als es Mode wurde in die 3. Internationale einzutreten, es opportunistische Elemente gab, die nur deshalb in die Internationale eintraten, damit sie ihre Machtposition weiterbehalten könnten, damit sie mit der revolutionären Kurole der kommunistischen Internationale ihr reformistisches Spiel weiterführen könnten. In keiner Partei hat dieser Anflug so schöne Blüten gezeitigt, wie in der italienischen. Und ich sagte, daß wir den Zetkinern und den Bogdanowiern und Erbes gegenüber ein Beispiel statuieren müssen, daß man in die kommunistische Internationale nicht nur leicht hineinkommen, sondern auch leicht aus ihr hinausgeworfen werden kann (Zustimmung). Das waren die drei Dinge, die Gen. Zetkin gegen mich ansührte. Diese drei Dinge habe ich dort unter anderem auch erwähnt. Dr. Paul Levi wäre nicht Doktor der Rechte, wenn er diese Sachen nicht mit einem geschickten Advokatenriff dazu angewandt hätte, daß er sagte, ich habe aus den Erfahrungen der italienischen Spaltung die Notwendigkeit der Spaltung der KPD gepredigt. Natürlich habe ich gegen diese Behauptung sofort eine energische Erklärung abgegeben, welche noch in derselben Sitzung vorgebracht wurde und in der „Rote Fahne“ wörtlich erschienen ist. Auf dieser Sitzung ist, wie die Genossen wissen, eine Resolution durchgegangen, obwohl Gen. Zetkin alle ihre Fähigkeiten aufzubieten hat, diese Resolution zu vereiteln, die KPD und klar der italienischen kommunistischen Partei zu Hilfe gerufen ist, die aber wenig Wert hatte, weil die Abhandlung der sechs Parteimitglieder bei der Serratiarbeit wieder eine große Rolle in die Hände geliefert hat. Das ist die Rolle, die ich in der italienischen Spaltung gespielt habe. Wir haben alles gemacht, damit wir die italienischen kommunistischen Massen auch organisatorisch in den Rahmen der kommunistischen Partei bringen. Die Tätigkeit der Gen. Zetkin war dagegen in jeder Beziehung nur dazu angetan, diese Massen, die auf dem Wege zur kommunistischen Partei waren, wieder in Verwirrung zu bringen. So sieht die Sache. Wenn Gen. Zetkin jetzt nach fünf Monaten, gewichtig durch faulbilde Wahrheiten, jagt, daß sie den Serrati schlecht beurteilt hätte, so hat sie leider die ungeheuren Fehler, die sie der italienischen Partei und der italienischen Revolution gegenüber begangen hat, nur in einem kleinen Bruchteil gutgemacht. Ich kann noch hinzufügen, daß, wenn die Gen. Zetkin die italienische Spaltungsfrage und überhaupt die Frage der italienischen Partei

schlecht beurteilt hätte, aus dieser falschen Beurteilung andere Folgerungen auf die zukünftige Politik der KPD, ebenso falsch entstehen müssen. Ich denke, diese Folgerungen werden sich ebenso schlecht erweisen, wie ihre Hoffnungen und Meinungen in der italienischen Sache. (Zustimmung.)

Das allgemeine Bild der Weltlage.

Rabel: Die Frage der Taktik der kommunistischen Internationale ist keine von den Tatsachen, von der Zeitperiode des Wirkens der kommunistischen Internationale frei aufzustellende Frage. Die kommunistische Internationale muß bei der Bestimmung ihrer Taktik von der konkreten Analyse der Epoche, in der sie wirkt, ausgehen. Darum haben wir versucht, am Anfang des Kongresses, im Referat des Genossen Trotski, eine möglichst objektive Darstellung der jetzt wirkenden Kräfte zu geben, eine Darstellung, die erlaubt, zu sagen, ob die Weltrevolution sich im allgemeinen in aufsteigender oder abwärtsgehender Linie befindet. Denn es ist vollkommen klar, daß die kommunistische Internationale auch im Falle einer Niederlage der Weltrevolution existieren und wirken würde. Im Falle einer langen Atempause der kapitalistischen Gesellschaft hat sie eben andere Aufgaben als in einer Situation, die wir im allgemeinen als die Tendenz der aufsteigenden Linie der Revolution ansehen. Sie hätte dann nicht die Aufgabe, die Proletarier auf alle Möglichkeiten des Bürgerkrieges bis jetzt vorzubereiten. Sie hätte in erster Linie dann die Aufgabe der Organisation und Agitation, der Formierung der Speere für entfernte Schlachten. Nun, Genossen, das Referat des Genossen Trotski zeigte, daß wir der Meinung sind, daß bisher keine Kräfte sichtbar sind, die uns zur Auffassung veranlassen könnten, daß die Entwicklung der Weltrevolution durch die aufbauenden und konsolidierenden Kräfte des Kapitalismus unterbrochen worden ist. In dem Referat des Trotski und in der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß, wenn wir die Linie, den Kurs auf die Weltrevolution, nehmen, das keinesfalls bedeutet, daß wir doktrinär und vor der Möglichkeit verschließen, daß Interventionen eintreten können, die die Weltwirtschaftskrise einer vorübergehenden Besserung der Konjunktur Platz machen kann. Aber als Grundlinie, als allgemeiner Kurs, den wir nehmen, ist die Tatsache festzustellen: die Kräfte der Weltrevolution wirken sich weiter aus, und wir stehen nicht vor einem Niedergang der Weltrevolution, sondern wir stehen vor der Sammlung der revolutionären Kräfte zu neuen Kämpfen. Diese Auffassung ist nicht nur die unsrige. Ich glaube, daß niemand in diesem Saale Martow für einen besonders auf die Weltrevolution eingestellten Theoretiker und Politiker hält. Und trotzdem hat Martow in der Rainnummer der „Freiheit“ diese Auffassung vorgetragen.

Diese Ausführungen Martows föhren mich zur Aufwerfung der Frage, inwiefern es richtig ist, was die Zweieinhalb-Internationale, besonders in ihrer Wiener Tagung in den Ausführungen von Friedrich Adler, der kommunistischen Internationale jetzt entgegenhält. Sie sagt: ja, die Weltrevolution ist nicht zu Ende, ihr habt aber auf einen schnellen Sieg spekuliert, und wir waren Realpolitiker, die sich auf den langsamen Gang der Entwicklung der Weltrevolution einstellten. Genossen, ich werde euch nicht ermüden, mit einer Reihe von Zitaten, die man hundertweise bringen könnte, wie in der kommunistischen Presse Rußlands schon im Jahre 1918 darauf hingewiesen worden ist, daß das Kräfteverhältnis in Westeuropa die Stärke der Bourgeoisie dort ein Uebernehmen des Kapitalismus durch eine Erhebung der Volksmassen unwahrscheinlich macht. Die deutschen Delegierten brauche ich nicht daran zu erinnern, daß wir in Deutschland seit 1919 als Ausgangspunkt unserer Taktik eben die Ueberzeugung gewannen, daß der Gang der Entwicklung der Weltrevolution ein schleppender sein wird, und daß wir eben deshalb mit voller Energie gegen die revolutionäre Ueberhebung von links kämpfen. Alle Resolutionen des zweiten Kongresses der kommunistischen Internationale waren, obwohl er in einer Situation stattfand, wo es schien, daß ein direkter, großer Zusammenprall der Weltrevolution und der Weltreaktion bevorstehe, gerichtet auf die Vorbereitung der kommunistischen Internationale auf ein langsames Ringen. Der Unterschied zwischen uns und der Zweieinhalb-Internationale war nicht das, daß diese Realpolitiker, mit Respekt zu sagen, wußten, ein gutes Ding muß gute Weile haben, wir aber den Kuchen sehr schnell essen wollten, sondern der Unterschied besteht darin, erstens: daß wir ein ganz anderes Bild von dem langsamen Prozeß der Weltrevolution haben als sie. Wenn die Zweieinhalb-Internationale von der langsamen Entwicklung der Weltrevolution spricht, so will sie damit sagen, diese Periode ist die Periode der ruhigen, friedlichen und langsamen Vorbereitung der Parteien. Werden diese einmal groß und stark sein, dann ist der Tag gekommen, und dann werden sogar Adler und Crispian auf den Barricaden kämpfen. (Heiterkeit.) Wenn wir von dem langsamen Gang der Weltrevolution sprechen, so bedeutet es, daß es ein langsamer Prozeß großer Kämpfe sein wird, in dem die Parteien des Kommunismus keine Möglichkeit haben werden, sich in den Stappen still einzurichten, sich einzubuddeln und langsam und friedlich zu arbeiten, wartend, was die Zeit bringen wird.

Es wird ein Auf und Nieder der Kämpfe sein.

Es genügt, nur einen Blick darauf zu werfen, wie die langsame Bewegung, die langsame Entwicklung bisher ausah. Nach den stürmischen Kämpfen des Jahres 1919, trat da die Periode der langsamen, friedlichen Entwicklung ein? Nun, es trat die Periode ein, wo die Auffstände der Volksmassen dem weißen Terror des Bürgerkrieges Platz machten, wo die Partei in die unterirdischen Gänge geworfen wurde, woher sie dann durch die neue Welle, die die Arbeitermassen und die Revolution hob, von neuem zu Vorkämpfen vorging.

Dieser Prozeß, der in Mitteleuropa seinen Gang ununterbrochen nimmt, setzt in den westeuropäischen Ländern erst ein. Aber auch dort haben die kommunistischen Parteien keine Möglichkeit der ruhigen, friedlichen Entwicklung und Vorbereitung für die zukünftigen Kämpfe, sondern sie bereiten sich unter Verfolgungen, in Zusammenstößen vor. Darum muß ich sagen, daß, wenn in den Reihen der kommunistischen Internationale Stimmen hörbar werden — wie in der Rede des Genossen Emsral — von dieser langsamen Entwicklung, und wenn Bilder gebraucht werden wie jenes, daß der Bewegungskrieg in den Schützengrabentrieg überging, so ist das nach unserer Meinung eine falsche Auffassung des Ganges der Entwicklung. Nicht den Uebergang des mobilen Krieges in den Schützengrabentrieg ist es, was wir erleben, sondern die Formierung der großen Armeen des Weltproletariats!

In dieser Linie der kommenden Kämpfe, in die wir eintreten, haben wir keine Ursache, auch nur einen einzigen der Hauptgedanken, unter deren Banner wir in den Kampf getreten sind, zu liquidieren.

Die Märzaktion.

Ueber die Bedeutung und die Fehler der Märzaktion müssen wir mit der deutschen KPD und mit allen kommunistischen Parteien in besserer freundlicher Offenheit sprechen. Es

ist nötig, das Wesen dieses Kampfes zu verstehen, das Wesen der gemachten Fehler, eben weil wir in diesen Fehlern nicht eine vorübergehende Verirrung sehen. Wenn Levi seinen Artikel in seiner Broschüre diese Bewegung als ein Resultat darstellt, das durch einige Wirrtöne in die brave nachdenkliche deutsche Bewegung hineingeschneit ist und leichtsinnige Leute, wie z. B. Brandler dazu gebracht hat, daß sie auf einmal zu tanzen begannen, so würden sich daraus sehr wenige Lehren ziehen lassen. Man würde sagen: der Wirrtöne soll brave Leute nicht mehr verwirren. Die Lehren, die aus dieser Analyse kommen, sind so flach, wie eine gehobelte Bank, ganz abgesehen davon, daß es ein Unfug ist, anzunehmen, daß in einer Partei, die jung ist, deren Führerschaft keine Autorität hat, die gesehen hat, wie große angelebene Namen dahinstreifen, daß in dieser Partei auf Druck eines Genossen die Partei sich in Bewegung setzen und in den Kampf stürzen kann.

Rabel schildert ausführlich die Entwicklung der Partei und die Kampagne des Offenen Briefes und fährt dann fort: Levi hat kein einzigesmal irgendeinen Vorschlag gemacht, als er die Zentrale leitete, mit Ausnahme der Vorschläge in der Frage des Bündnisses mit Samjerußland, das keine Lösung für Massenaktionen ist. Die linken Genossen blieben allein im Parteivorstand und jetzt standen sie vor der Aufgabe der Aktivierung der Partei. Und hier komme ich zu dem grundlegenden Fehler, den sie dabei begangen haben. Ihr sagt, wir sahen den Himmel voll schwarzer Wolken, die oberste Frage, die Gefahr der Sanktionen, Bayern usw., alle Fragen waren zugespitzt. Wenn große Gefahren drohen, muß man in erster Linie die Agitation steigern, die Massen auf die Gefahr aufmerksam machen. Als wir in den ersten Tagen nach dem Ausbruch der Märzaktion die deutschen Zeitungen sortierten, da gab ich dem Gen. Trotski zwei Pakete; das eine Paket enthielt die „Rote Fahne“ bis zum 17. März, das andere die „Rote Fahne“ nach dem 17. März. Bis zum 17. März — und so war die ganze Presse — plätscherte man im alten Fahrwasser, und vom 18. März an schlägt man mit der Faust auf den Tisch, „Rohr pfeift auf das Gesetz!“ Hier liegt der Hauptfehler: Ihr sagt, in der Vergangenheit wurden die Fehler gemacht. Jawohl, das ist wahr, wenn ihr sagt, die alten Organisationen, die rechten Führer sind schuld, sie haben die Partei organisatorisch nicht auf die Höhe gebracht. Jawohl, sie sind in erster Linie schuld. Aber in den Wochen bis zum 17. März, wo ihr allein wart, wo war da auch das geringste Anzeichen einer Ueberzeugung? Es war nicht vorhanden. Ihr habt die Hauptfrage nicht verstanden, daß, wenn ihr morgen kämpfen wollt, ihr euch heute auf den Kampf vorbereiten, auch auf den Kampf einstellen müßt.

Am 17. März tritt der Reichsausschuß zusammen. Und hier will ich kurz die Fehler schildern, die dort gemacht wurden, weil sie grundlegend sind, weil, wer die

Fehler in der Sitzung vom 17. März.

nicht würdigt, unsäglich ist, künftige Aktionen gut vorzubereiten. Ich werde hier, um die Genossen nicht zu ermüden, keine Zitate bringen. Ich stelle nur die Frage, welches war der Leitgedanke der Sitzung vom 17. März? Was sagte die Partei den Vertretern aus allen Bezirken? Sie zeigte ihnen zuerst die großen Gefahren im rechten Lichte. Welche Schlüsse zog sie aus diesen Gefahren? Der erste Schritt, den ein revolutionärer Marxist zu ziehen hatte, war folgender: wir gehen in die Periode großer Kampfsmöglichkeiten hinein. Aus diesem Grunde hat die Partei erstens die Masse überhaupt durch eine Agitation auf die Kampfsmöglichkeiten überzubereiten, ihre Organisationen denselben anzupassen. Und dann mußte die Partei sich die Frage stellen: liegt es in ihrem Interesse, die Gegenstände möglichst schnell zur Austragung zu bringen? Ich behaupte, da die Partei weder politisch noch organisatorisch auf die großen Kämpfe vorbereitet war, hatte sie kein Interesse, die Sache zu forcieren. Ihr wollt auf die Gefahren der Sanktionen hin, auf Oberösterreich, auf die Entwaffnung, aber es ist eine andere Sache, wie diese Gefahren von den politisch leitenden Kreisen der Partei und von den Massen empfunden werden? Den politisch leitenden Kreisen in der Internationale müssen sogar die Gefahr eines englisch-amerikanischen Krieges, der vielleicht nicht kommen wird, in Rechnung stellen. Die Masse stellt sich nicht auf Gefahren ein, die erst kommen werden, sondern sie handelt unter dem Druck der nächsten, auf sie einwirkenden Vorgänge, und da die Partei nicht vorbereitet war auf diesen Kampf, bestand eure einzige Aufgabe darin, dies zu tun, die organisatorische Arbeit zu steigern und die Organisation umzuwandeln. Hatte die Partei sich damit begnügt? Nein, Brandler sagte schon in seinem Referat: Wir gehen großen Kämpfen entgegen, wir müssen bereit sein, sofort nach Ostern in den Kampf einzutreten. 7 Tage trennten sie von Ostern, und wie argumentierte er? Er suchte den Kampf, er unterzucht die Frage: Sollen wir nicht forcieren und eventuell die Initiative in die Hand nehmen? Und mein Freund Fröhlich trat auf wie ein Leutnant der Kavallerie und erklärte: Wir brechen an diesem Tage mit der Exekution der Partei, bisher haben wir gewartet, jetzt werden wir die Initiative in die Hand nehmen und die Revolution erzwingen.

Mit diesen allgemeinen Einstellungen: je schneller an den Feind heran, desto besser gingen die Vertreter der Organisationen zurück, und bevor sie gingen, hatte die Partei mit ihnen zu besprechen, was wollt ihr tun, wenn Hirsing in Mitteldeutschland einbricht. Und was sagte ihnen die Partei? Nach dem Janarensturz kommen die Bedenken, und die Zentrale gibt den Organisationen die Parole: sucht dem Kampf einzuweichen, auszuweichen, Ostern ist ungünstig. Erst wenn der Feind die Fabriken besetzt, sucht die Arbeiter aufzuwachen. Aber, Genossen, als ich einem der mitteldeutschen Genossen Vorwürfe machte, ihm sagte, ihr habt die Weisung gekriegt zu warten, aber trotzdem begannen am 19. die bewaffneten Kämpfe, da antwortete er: würde ich sie nicht angefangen haben, dann würden wir etwas erlebt haben. Man kann nicht auf einen Janarensturz eine Schamade folgen lassen. Die Einstellung der Partei war eine unreal. Und als der Kampf kam und sie kämpfen mußte, hatte die Partei das Augenmaß verloren, unter welchen Lösungen der Kampf zu führen ist. Genossen und Genossinnen, ich betone, wir stehen zur Märzaktion, wir haben es für die Pflicht der Partei gehalten, den mitteldeutschen Proletariats zu Hilfe zu eilen. Warum? Nicht aus sentimentalischen Gründen. In diesem Falle hatte die Partei die Pflicht, für die Rauschfelder Arbeiter einzutreten aus folgenden Gründen. Die Rauschfelder Arbeiter waren das Zentrum Deutschlands, nicht die Zentrale in Berlin; diese kompakte Masse war das Zentrum des deutschen Proletariats. Dann ein zweiter Grund: Die deutsche Revolution sah das Abwärtsschlagen einer Partei nach der anderen. Sie sah wie revolutionäre Worte in die Massen hineingeworfen wurden, und wie die Worte sich in nichts verwanbelten. Und die kommunistische Partei muß sich das Vertrauen der Massen in den vordersten Reihen der Kämpfe erst erwerben. Darum sage ich, es bedauert, dieses und jenes war schlecht, aber sich nicht

betert zu der Frage, was die Partei zu tun hatte gegenüber

bei, das er die Kämpfe der Partei kritisiert aber nicht aus ihnen lernen will.

Aber, Genossen, jetzt kommt der Schlüsselpunkt. Am 21. haben wir im ganzen Lande zum Generalstreik aufgerufen. Es zeigte sich, daß wir weit geringere Kräfte um uns gesammelt haben, als wir erhofft hatten — die Massen lassen sich schwer feststellen. Wenn die rechten Genossen sagen 200.000, so ist das offensichtlich eine Ungenauigkeit, denn in Mitteldeutschland allein kämpften nicht weniger als 200.000 Arbeiter. Aber nicht darum handelt es sich. Die Partei hatte einen großen Kampf hinter sich und sie hatte die Lehren aus diesem Kampfe zu ziehen. Und wie tat die Partei das? Sie tat das in dieser Weise, statt zu sagen, es ist eine Verkündung, wenn man sagt, der Kampf war ein katastrophischer Fiasco; ein Fiasco ist ein Kampf einer kleinen Minderheit um die Eroberung der Macht, und wir gingen in den Kampf, um die proletarische Mitteldeutschlands zu verteidigen; wir gingen nicht als eine Verteidigergruppe in den Kampf, sondern als eine proletarische Partei, und statt zu sagen, wir haben Fehler gemacht, wir haben die Mittel und Ziele nicht streng umgrenzt, anstatt dessen stellt die Partei

die Theorie der Offensive

auf.

Genossen, lassen Sie mich zuerst ein paar Tatsachen hier feststellen. Wenn wir gegen die 'Theorie der Offensive' sprechen werden, so müssen wir sagen, es gibt — mit Ausnahme Levys — keinen einzigen der gegen diese Theorie aufgetreten ist. Ich stellte schon fest, daß Gen. Zetkin am 7. April nach dem Kampfe in der Sitzung des Zentralausschusses in einer Resolution erklärte, sie stehe auf dem Boden der Offensive. Ich habe diese Resolution hier, 'Eine große Partei ist zu einer Offensive verpflichtet'. Gen. Zetkin verwarf die Märzaktion, weil sie nach ihrer Meinung ein Fiasco war und keine Offensive, aber theoretisch stand Gen. Zetkin auf diesem Boden. Die Kritik, die Gen. Zetkin übte, konnte keine Korrektur der Fehler bilden. Aus welchen Gründen? In dieser Kritik fehlt das Wichtigste. Gen. Zetkin sagt nicht, was zu tun war, als Höring in Mitteldeutschland einfiel, die Gen. Zetkin sagt von einer großen Bewegung, es war ein Fiasco. Und wenn sie gleichzeitig sagt, ich bin für eine Offensive, was schlug sie für die Zukunft vor? Sie schlug eine Offensive vor, unter noch weniger entsprechenden Bedingungen als zur Zeit der Märzaktion. Wann trat nach der Genossin Zetkin die Verpflichtung für die Offensive ein? Sie tritt ein unter der Parole: Bündnis mit Sowjetrußland. Wenn es unmöglich ist, daß die Arbeiter in den Kampf ziehen aus Angst vor den Folgen der Sanktionen, die sich während eines Jahres eventuell auswirken werden, so ist es ebenso unmöglich, große Massen zu mobilisieren unter der Forderung des diplomatischen Bündnisses mit Sowjetrußland, dessen günstige Folgen auch Jahre in Anspruch nehmen. Es ist ein vollkommen utopischer Gedanke, und der Gedanke mußte den Einbruch erwecken, daß die Gen. Zetkin auf dem Boden der Offensive stehe, aber die Märzaktion ablehne, und für sich eine Offensive in der blauen Luft ausgeprochen habe, weil sie diplomatisch sagen wollte, sie ist gegen die Aktion. Dieses Empfinden mußte verstärkt werden durch die Tatsache, daß die Gen. Zetkin und die Gruppe, die hinter ihr stand, eine Kleinigkeit mit hatte, sie schleifte mit und dazu an ihrer Spitze Paul Levi, der diesen proletarischen Kampf denunziert hat als einen Fiasco, der von auswärts beherrscht war.

Wenn die Gruppe der Gen. Zetkin gegen die Zentrale kämpfte, einerseits mit der Anerkennung der Offensive, aber nur für den schönen Sonntag, wo die Gewerkschaften streiken werden für das Bündnis mit Sowjetrußland, und wenn andererseits Levi sagt, kommt mal die Revolution, dann wollen wir den Tanz von vorne beginnen, so konnte das nicht ein Segenswunsch gegen die unrealistische und unwirkliche Theorie der Offensive sein, die der linke Flügel der Partei in der Höhe des Scheiters aufstellte, indem er seine Fehler zur Theorie ausbildete.

Genossen, warum ist die Theorie der Offensive, wir müssen das sagen, der Wirklichkeit vollkommen fremd? Erstens ist sie ein Spiel mit militärischen Begriffen. Nun, obwohl meine linken Parteifreunde mir nicht zuzurufen, daß ich ein Kapeleker wäre, so lese ich doch von Zeit zu Zeit militärische Bücher. Als ich die Theorie des Stufenkrieges verstanden wollte, sagte ich mir, ich werde mich nicht an einen von unseren deutschen Kaballerieoffizieren wenden, sondern an einen wirklich guten militärischen Kopf. Und ich las das Kapitel, Offensive und Defensiv bei Clausewitz nochmal durch. Und beim Lesen wurde mir klar, wie nutzlos einem Soldaten die Befassung mit militärischen Dingen sein kann, und wie gefährlich sie ist, wenn man dann nicht die Besonderheit der Bedingungen beachtet.

Genossen! Wenn wir die wichtigsten Lehren aus den März-Kämpfen ziehen, so sind es folgende: Erstens, der Übergang von der Agitation zur Propaganda für die Aktion ist nicht leicht, und sehr gute kommunistische Parteien, die Massenparteien sind, von denen wir noch keine Ursache haben zu glauben, daß irgendwas in ihnen faul ist, sollen nicht frohlocken; nur im Kampf wird es sich zeigen, was kommunistisches Gold ist. Nur dann wird es sich zeigen, welche Mitglieder wirklich zur Partei stehen, fähig sind, zu kämpfen, was der wirkliche Inhalt verschiedener Schwärmerungen in der Partei ist.

Die zweite Lehre ist: Das, was in den Parteien als Solidarität auftritt, kann sich sehr leicht in den wirklichen Kämpfen als opportunistische Richtung erweisen, vielleicht als noch nicht vollkommen gefestigte opportunistische Richtung, vielleicht halbgenügsame. Von der Genossin Zetkin und Kalahan zu Levi ist ein langer Weg, und wir mußten selbst, als die Zentrale im härtesten Kampf gegen sie war, ihnen gegenüber schonender dastehen. Die Ersttäter hat gleichzeitig, als sie den Ausschluß Levys billigte, die deutsche Zentrale gebeten: Wartet ab, es muß sich die Höhe des Kampfes zeigen, wir müssen mit den Genossen sprechen, worum es sich handelt. Levi hat weniger durch seine Argumentation als durch die Art, wie er antwortet, gezeigt, daß zwischen ihm und der Partei keine organische Verbindung besteht, daß er fähig ist, gegen die Partei, wenn sie klar, eine Bombe zu werfen. Wenn er wirklich glaubt, was er sagt, daß die Partei für lange Zeit niedergelassen sei, so brauchte doch für morgen nicht die Gefahr der Wiederholung der Fehler, und er hätte sich mit der Partei und mit der Ersttäter in Verbindung setzen können. Wenn er es aber nicht glaubte, wie konnte er es schreiben? Wenn Levi sagt, Gruppe nach Gruppe stand auf und ging mit die Parole der Zentrale hin in den Kampf, und gleichzeitig sagt, es war ein katastrophischer Fiasco, so zeigt er, daß für ihn Argumente billig sind, wenn sie nur gegen die Partei zu gebrauchen sind. Die anderen Genossen, die sich zwar mit Levi solidarisierten, aber durch die Tatsache, daß sie aktiv am Kampfe mitwirkten, zeigen, daß sie mit der Partei verbunden sind, diese Genossen heilten wir gleichzeitig für Elemente, die in der Partei notwendig sind, da sie durch ihre Verbindung als Gewerkschaftler mit den Massen das Gewissen bilden, das verhindert, daß das sogenannte Partei-Geheimnis macht, bei dem Kapital und Lohn gehen lassen. Und wenn wir die organisatorischen Forderungen ziehen, so sagen wir der deutschen Partei: Wir haben hier die Fehler festgestellt, damit in der Zukunft diese Fehler vermieden werden, und ihr gemeinsam mit allen unseren Arbeitern, die im Kampf Schulter an Schulter gekämpft haben.

Genossen! Die Lehren der Märzaktion gehen weiter. Sie zeigen, daß wir einen Apparat haben, der noch nicht auf den Kampf eingestellt ist. Die Organisationen, die besonders

für den Kampf gebildet worden sind, die militärisch-politischen Abteilungen, haben sich als eine Illusion erwiesen. Erstens existieren sie nicht, zweitens: wenn sie irgendwie existierten, so hätten sie die Massen auf dem Papier; drittens: waren sie undiszipliniert. Sie wollten der Partei distanzieren, anstatt daß sie die Befehle der Partei ausführten. Die Parteiorganisationen als Ganzes erwiesen sich als Apparat, der sich nicht auf den Kampf einstellen kann. Wir werden hier die großen Lehren ziehen.

Und wenn wir sagen: Genossen, die Märzaktion mit ihren Fehlern ist ein Schritt vorwärts, so sagen wir das nicht, um ein Fläschchen auf die Wunde zu legen, die unsere Kritik vielleicht schlägt, sondern weil wir überzeugt sind, Ihr steht vor Kämpfen, in denen Ihr noch größere Niederlagen erleiden werdet, wenn Ihr nicht gelernt habt, was zu vermeiden ist. Und deshalb, weil die Partei den Willen zum Kampf gezeigt hat, weil sie erprobte Massen zum Kampf zusammenhielt, meinen wir, daß trotz der numerischen Verluste, die von der Gegenseite sehr übertrieben werden, die Partei erhärtet, stärker aus dem Kampf hervorgegangen ist, und sie wird je mehrmals stärker werden, wenn Ihr alle Lehren des Kampfes restlos zieht. Wir begreifen es, daß Ihr diese Fehler einzusehen begonnen habt. Wenn man vergleicht, was in der Resolution vom 7. April steht und in der Resolution zum Kongreß der Internationale, so sieht man schon die Ernüchterung. Und die Tatsache, daß die deutsche Delegation unseren Thesen keine grundsätzliche anderen Thesen entgegenstellt, ist für uns ein Beweis, daß die große, aber junge Deutsche Partei bereit ist, aus diesem Kampfe die Lehren zu ziehen, die ihr erlauben werden, in der Zukunft alle ihre Kämpfe, defensiv oder offensiv, besser zu führen, geistig und organisatorisch besser durchzuführen und in den Kämpfen das Proletariat zum Siege zu führen.

Die Lösungen der nächsten Zukunft.

Genossen! Ich kann nicht auf alle die Fragen hier eingehen, die in den Thesen kurz umrissen sind und die Ihr in der Diskussion weiter ausführen und kritisch verfolgen könnt. Erlaubt mir, jetzt zum letzten Teil meines Referats überzugehen, nämlich zu den Lösungen, die wir in den Teilkämpfen, in den Aktionen, vor denen wir stehen, auf die wir hinzuwirken haben, zu den Lösungen, unter denen wir die Aktionen durchzuführen haben. Es ist hier ein Gebiet, wo es nur zu formulieren gilt, was wir in unseren theoretischen Diskussionen und in der Praxis vielmal gesagt haben. Es handelt sich um scharfe Herausarbeiten der Unterschiede zwischen dem Minimalprogramm der Sozialdemokratie, zwischen dem Aktionsprogramm des Zentrums und zwischen den Lösungen der Kommunistischen Internationale.

Wir Kommunisten stehen in der Frage der Lösungen nicht in der Position, in der wir ihr im Jahre 1918 gegenüberstanden. Ich erinnere an die programmatische Rede Rosa Luxemburg zur Erinnerung auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Partei. In dieser Rede sagt Rosa Luxemburg folgende: Nun, Parteigenossen, das ist die allgemeine Grundlage, auf der unser Programm aufgebaut ist, das wir heute offiziell annehmen, und dessen Entwurf Sie ja in der Broschüre 'Was will der Spartakusbund?' kennengelernt haben. Es befindet sich im bewußten Gegensatz zu dem Standpunkt, auf dem das Ernteprogramm bisher steht, im bewußten Gegensatz zu der Trennung der unmittelbaren sogenannten Minimalforderungen für den politischen und wirtschaftlichen Kampf von dem sozialistischen Endziel als einem Maximalprogramm. Im bewußten Gegensatz dazu liquidieren wir die Resultate der letzten 20 Jahre der Entwicklung und namentlich das unmittelbare Ergebnis des Defizits, indem wir sagen: für uns gibt es jetzt kein Minimalprogramm, kein Maximalprogramm, eins und dasselbe ist der Sozialismus; das ist das Minimum, das wir beizuhalten durchzuführen haben!

Und welches Minimum stellte Rosa Luxemburg auf? Alle Macht den Arbeiterräten, Bewaffnung des Proletariats, Konfiszierung der Staatsschuld, Vorkriegszeitung der Fabriken usw.

In welcher Situation entstand dieses Programm? In Deutschland waren die höchste Macht die Arbeiterräte. Die Arbeiterklasse hatte formell die Macht in der Hand. Und die Aufgabe des Spartakusbundes bestand eben darin, diesen Arbeiterräten zu zeigen, worin die Macht der Arbeiterklasse bestand, und nicht wehr. Es ist klar, daß wir uns jetzt in dieser Situation nicht befinden. Die Macht hat die Bourgeoisie. Der erste Schritt der Arbeiterklasse in der Demobilisationsperiode ist abgeklungen. Es steht jetzt erst die proletarische Revolution. Und wir brauchen diese proletarische Revolution nicht fordern, nicht organisieren, wenn wir nur mit dem rechten Programm der Diktatur des Proletariats kommen. Wir können nicht in dem Moment, wo Arbeiter streiken, weil sie morgen nicht in den Kampf zu gehen haben, kommen und sagen: 'Recht die Fabriken'! Sollen sie die Kraft dazu finden, ihr Leben im Kampf um die Macht. Wir haben sie natürlich darauf hingewiesen, daß sie bis zur Macht erkämpfen bis wir die Fabriken haben, keine dauernde Befreiung ihrer Lage zu erwarten haben. Aber wir müssen antworten, und was sie im gegebenen Moment können. Da müssen wir sagen, die Kommunistische Internationale ist nicht imstande, ein Programm in Voraussetzungen festzustellen, ein Programm, das alle diese Bedürfnisse formuliert. Die Kommunistische Internationale hat ihren Parteien nur folgende methodische Gebote zu geben, die dann je nach der konkreten Situation diesen Geboten in Form von Forderungen zu bringen haben. Der erste Gebote ist: Wenn wir propagandistisch hinweisen darauf, daß keine dauernde Befreiung der Lage der Arbeiterklasse eintritt, ohne die Eroberung der Macht, so ist es lächerlich, diesen Geboten den praktischen Gehalt des Proletariats entzuziehen. Und wenn die SPD, in Voraussetzungen anderer Ökonomen Briefes schreibt: Ihr laßt in Rußland, ihr laßt euch erklären an einen Tisch mit solchen Halbwelt als Zedelemann, und zweitens nicht ihr revolutionäre Forderungen auf: werdet ihr denn nicht, wenn die Arbeiter heute 9 bis 10 W. verdienen, morgen die Preise wieder steigen werden. Ihr stellt bewußt uncollierbare Forderungen auf. Wenn die Genossen uns das sahen, so antworteten wir: Auf diese Weise kann man keinen einzelnen Arbeiter für den Kommunismus gewinnen. (Ankündigung.) Wenn der Arbeiter morgen und übermorgen seinen Kindern ein Brot Mehl auf Grund der Erhebung seines Lohnes um 5 W. geben kann, so haben wir mit ihm um viele 5 W. zu kämpfen und wir haben hier nicht zu machen, damit der kapitalistische Staat zu revolutionieren, sondern wir haben da zu denken: Wir helfen dem Arbeiter in diesem Kampfe und werden über diesen Kampf hinaus ihn zu weiteren, zu gefährlicheren Kämpfen führen.

Die zweite Sache ist die: Natürlich haben wir eine Reihe von Forderungen, die wir bei jeder günstigen Situation herauszubringen versuchen, aber bei jeder anderen Forderung zu organisieren haben. Es sind das Forderungen, die die Arbeiterklasse im Kampf steht, um den Kampf zu organisieren und ihre Selbstkraft zu heben. In erster Linie: Wenn wir alle Kämpfe um die Erhebung der Preise nur die Arbeiterräte alle Kämpfe gegen die Kapitalisten auf das Programm der Kontrolle der Produktion hinüberzuführen haben, nicht als ein Ziel, das die Arbeiter durchzuführen können, so ist dies nicht das Programm des Proletariats, sondern es ist ein Ziel, das der Staat sich nicht leisten kann, das der Arbeiter selbst hat zu setzen, daß der Arbeiter arbeitet. Die

Kontrolle der Produktion bedeutet Bildung im proletarischen Kampfe, sucht auf Grund von Wahlen aller Betriebsorganisationen ihre lokale bezirksweise Verbindung nach Industriegruppen im proletarischen Kampfe durchzuführen. Wenn es uns gelingt, in diesen Kämpfen die Arbeiterklasse in erster Linie zur autonomen, selbständigen Übung dieser Organisationen, oder zu der Umwidmung der von ihr von der Regierung zugewiesenen Scheinorganisationen zu veranlassen, so ist damit die Möglichkeit der organisatorischen Zusammenfassung der Arbeiter für die großen Kämpfe gegeben. Derjenige Irrtum, der diese Organisationen nur auf schon revolutionäre Arbeiter beschränken will. Wenn es sich darum handelt, die Sabotage eines Kapitalisten lahmzulegen, wenn es sich darum handelt, eine Industrie in Bewegung zu setzen, können sich unter dieser Lösung große Massen vereinigen, die nicht Kommunisten sind, und die wir brauchen, und die wir in dieser Vereinigung zu weiteren Kämpfen führen werden.

Die zweite Lösung, an die wir dauernd zu denken haben, die wir immerfort in allen Krisen zu verwirklichen bestrebt sein müssen, ist die Bewaffnung des Proletariats, die Entwaffnung der Bourgeoisie; die Bewaffnung des Proletariats nicht nur als geheime Kampforganisation, die eine kleine Mehrheit sein soll. In allen Krisen, in denen wir stehen, haben wir die Massen zu treiben, die Entwaffnung der Weihen zu fordern. Wir müssen den Willen zur Bewaffnung in der Masse schaffen. Wir haben diese Lösung in allen Kämpfen der Regierung entgegenzustellen. Man könnte solcher Lösungen noch mehrere nennen. Ich werde es nicht tun, sie wachsen aus dem praktischen Kampf hervor. Das, was wir Euch sagen, was wir Euch als Lösung, als allgemeine Linie geben, ist, in allen Kämpfen des Proletariats sich nicht boltränken dem, worum die Massen kämpfen, entgegenzustellen, sondern die Kämpfe der Massen um ihre praktischen Bedürfnisse verschärfen, ausbreiten und sie größerer Bedürfnis nach der Eroberung der Macht zu lehnen.

Genossen, wir haben die Notwendigkeit erkannt, daß die Parteien das, was sie auf diesem Gebiet tun, vergleichen, ihre Erfahrungen austauschen müssen; bisher haben sie es nicht getan. Bisher haben sie der kommunistischen Internationale ihre Programme nicht zugefandt, bisher ist der Austausch der Erfahrungen, agitativer, organisatorischer Art usw., sehr gering unter uns gewesen. Wenn wir diesen Austausch haben, wird sich ein konkretes System dieser Aktionen und Uebergangsforderungen schaffen lassen. Ihr Charakteristikum ist, es sind nicht Forderungen zum Umbau des Kapitalismus, sondern solche, die den Kampf gegen den Kapitalismus steigern sollen. Es ist nicht das Minimalprogramm der Sozialpatrioten, nicht das konkrete Programm dessen, was die Diktatur am Tage nach ihrem Siege tun wird, es sind alle die Forderungen, die die breiten Massen für den Kampf um die Diktatur mobilisieren.

Und jetzt, Genossen, weil wir rücksichtslos den Kampf gegen alle Zensuren führen, die instand sind, von rechts unseren Kampf aufzuhalten, haben wir tausendmal die Pflicht, Euch zu sagen, bereitet sorgfältig die Kämpfe vor. Die Ungebuld — ich erinnere mich an diese ausgezeichneten Ausführungen, die Trocki vor mehr als 12 Jahren in der 'Neuen Zeit' machte, — die Ungebuld ist der gemeinsame Boden des Opportunismus und des Bortrabalismus.

Der Opportunismus will das Ziel, das fern ist, umgeben, die Revolutionalisierung, die Hindernisse überspringen. Die Ungebuld ist die Mutter beider Abweichungen, wenn man sie psychologisch nicht sozial nimmt. Und eben weil wir das tiefe Vertrauen zum Fortschritt der Weltrevolution haben, weil wir das Vertrauen haben, daß wir vor der Gründung großer Massenparteien stehen, so sagen wir Euch, fordert nicht vom heutigen Tag, was erst der morgige brütigen kann, sondern leistet die Arbeit des heutigen Tages. Bereitet Euch vor, bereitet das Proletariat vor für die Kämpfe, organisiert es, führt es in die Kämpfe, vor die die Geschichte Euch stellt. Man braucht die Kämpfe nicht zu suchen, sie kommen an uns heran. Und wir werden sie desto besser durchkämpfen, wenn wir sie vorbereiten. Fehler, die wir machen, bedeuten immer einen Rückschlag, und es unterliegt keinem Zweifel, daß er überwinden werden muß, wobei uns die Lehren der Märzaktionen helfen werden. Wenn wir in dieser Weise sprechen, so sprechen wir auf Grund der Erfahrung auch unseres Kampfes. Einmal jagte schon, wie oft mahnten wir, nicht zu früh loszuschlagen.

Genossen und Genossinnen! Wir alle bewundern die Genialität Lenins in taktischer Beziehung. Ich sage das nicht als Mitglied der russischen Partei. Ich sage das als einer, der verhältnismäßig schwierig den Weg zu der rücksichtslosen Anerkennung der taktischen Genialität Lenins fand. Nehmen sie die Gegenseite dieser Taktik, Breit-Litovsk und der Wortarisch auf Warschau. Dort, wo die Partei große Gefahren sah, ging sie vorzüglich, wie der Maulwurf am Abgrund. Sie taktete mit den Füßen, denn sie war schwarz. Hatte sie aber Chancen für den Sieg, so stürzte sie vorwärts in den Kampf. Sie ging auf Warschau los, um die Revolution weiter zu tragen. Sie wurde dabei geschlagen. Aber diese Niederlage ist für einen Revolutionär eine ebenso große Sache wie der Sieg in Breit-Litovsk. Denn sie zeigte, daß die taktische Elastizität nicht dazu führt, daß die Partei des revolutionären Proletariats ein Wandwurm oder ein Gummiball ist. Sie kann dabei irren, aber sie zeigte stets die größte Vorsicht.

Genossen und Genossinnen, wenn die linken Genossen speziell in der Märzaktion Fehler gemacht haben, so sage ich, diese Fehler zeugen für sie, sie zeigten den Willen zum Kampf, und darum waren wir mit ihnen trotz aller Fehler. Aber es ist besser zu liegen, als nur zu beweisen, daß man liegen wollte. Und darum Genossen, ist unsere taktische Linie eingestellt auf die Weltrevolution. Wir sehen den Weg zur Weltrevolution durch die Eroberung der großen Massen. Diese Massen wollen wir führen in große Kämpfe, vor die uns die Geschichte stellt hat. Und wir werden sie umso besser führen, wenn jeder Tag, sogar der Tag, an dem die Revolte nicht gelassen wird, diese Massen weckt und zusammenschneidet, wenn wir jeden Tag alle Möglichkeiten prüfen und aus ihnen das letzte herausholen, was revolutionäre Energie, gepaart mit klarer Einsicht, uns herauszuholen erlaubt. Wenn wir so handeln, ist unser Sieg sicher. Der Kampf in Bessarabien wird schwerer sein als der, der uns zur Macht gebracht hat. Und wenn wir Niederlagen erleiden, wenn ein lautes Martyrium hinter uns liegt, so darum, weil dieses große Proletariat erst lernen muß in diesen Niederlagen, wie es zu siegen hat. Wenn wir im Jahre 1917 siegen konnten, so darum, weil wir bereits dreißigjährige revolutionäre Erfahrungen hinter uns hatten, weil wir geschlagen wurden im Jahre 1905. Die Geschichte gibt die Möglichkeit, daß die kommunistische Internationale das Martyrium des Proletariats abkürzt. Wir stehen vor einem historischen Wendepunkt und es gibt keine Kraft — wenigstens sieht man sie nicht — die den Kapitalismus retten kann. Wir wollen seinen Tod beschleunigen, und das kann nur geschehen, wenn wir die großen Massen geistig unter das Banner des Kommunismus bringen.

Wir sind nur die Arbeiter, die Organisatoren: zu Grabe wird ihn das Proletariat tragen, das auch der große Hammer sein wird, der den Nagel in seinem Arm hineinprüßt; das Proletariat, die großen schwerkriegerischen Massen, die sich nur langsam entwickeln, die tausendmal an sich verzweifeln, die aber unser unerschütterlicher Boden sind, auf dem wir kämpfen und siegen werden. (Stürmischer, langdauernder Beifall und Applaus.)